



100 JAHRE THD

KBW
— Zelle TH

Kommunistischer
Bund
Westdeutschland



Kommunistische
Hochschulgruppe

KHG

Inhalts- verzeichnis

- I. Zur Geschichte der THD
 1. Vorwort: 100 Jahre sind genug!
 2. Geschichte der THD-
"Gewaltige Ziele, denen die deutsche Technik und Wissenschaft nachzustreben haben"
 - II. Die Klassenspaltung an der Hochschule
 1. Öffentlicher Dienst - Unterdrückung der besitzlosen Klassen
 2. Wölfel, Dienstherr und Kapitalist
 - III. Bürgerliche Wissenschaft: Verschweigen von Tatsachen - Verhüllung von Tatsachen - Lügen über Tatsachen
 1. Deutsche Forschungsgemeinschaft: Forschungssteuerung des Finanzkapitals
 2. Arbeitswissenschaft: Hinlängen, greifen, drehen, drücken...
 3. "Man hat festgestellt, daß der Mensch keine Ratte ist, sondern innerer Regungen fähig..."
 4. Einführung in die Profitmaximierung
 5. "Fachautoritäten" sollen den Widerstand gegen die Mülldeponie zersetzen
 6. Industrieabfallbeseitigung auf sozialdemokratisch
 7. Jugendstil und Atombomben
 8. Prof. Gamm entdeckt die Bescheidenheit
- IV. Lage der Studenten
 1. Kampagne der FSV Geologie
 2. Am Beispiel der Chemie-Fachbereiche: Verschärfung der Konkurrenz, Ausdehnung des Studienpensums
 3. Die Unterdrückung ist untrennbarer Bestandteil der bürgerlichen Wissenschaft
 4. Student auf Röhm-Betriebsversammlung
 5. Bundesweiter Streik, um die elementaren Rechte eines Lohnarbeiters zu erkämpfen

V.i.S.d.P. M.Meyer c/o Landwehrstr.2

Preis: -.50 DM

100 JAHRE SIND GENUG!

Hundert Jahre im Dienste des deutschen und dann des westdeutschen Kapitals, das auch nach zwei verlorenen Weltkriegen seine Weltmachtpläne nie aufgegeben hat - diese glorreiche Tradition der Technischen Hochschule Darmstadt wird von ihrem Präsidenten Böhme in seinem Festartikel (DE vom 15.10.77) beschworen:

Die "technologische Rückständigkeit" Deutschlands zu überwinden, der Gefahr zu begegnen, "durch die Anstrengung anderer Fabrikländer immer enger beschränkt zu werden", das ist der Zweck der Gründung der THD gewesen - nichts anderes als die heiße Angst der deutschen Kapitalistenklasse, auf der Jagd nach Höchstprofiten durch die anderen imperialistischen Ländern abgehängt zu werden.

In dieser Richtung soll's flott weitergehen (nicht umsonst ist das schon der zweite Aufguß einer 100-Jahr-Feier der THD nach 1936):

Der Steuerzahler müsse die Hochschule wieder als das erfahren, was sie sein solle: "Stätte der Lehre und Forschung, die der Bundesrepublik ihre Wettbewerbsfähigkeit sichern solle" (Laurien, Staatssekretärin des Kultusministeriums Rheinland/Pfalz). Für diese Wettbewerbsfähigkeit des westdeutschen Imperialismus stellt sich - schreibt Böhme - die "zentrale Aufgabe: Erschließung und Förderung von Begabungen auf möglichst breiter Basis", d.h. aus der Jugend der Arbeiterklasse und des Volkes, denn zu klein und zu degeneriert ist die Kapitalistenklasse geworden, um den Nachwuchs für die Führung ihrer Geschäfte selbst zu produzieren.

Stolz sollen die Darmstädter Bürger sein auf "ihre" Technische Hochschule: "Es waren vor allem die Bürger Darmstadts, die sich immer wieder für ihre Hochschule einsetzten, die sie von Anfang an mitfinanziert hatten" (Zitat Böhme). Wessen Hochschule soll das sein? Sind es "die" Darmstädter Bürger, die davon profitierten, wenn ein Professor Hielscher Börsentheorien für Spekulanten mit Lohnsteuergeldern entwickelt? Gehören zu diesen Bürgern auch die Arbeiter bei Bosch-Fernseh, die die Segnungen der "Humanisierung der Arbeitswelt", wie sie am Institut des Arbeitswissenschaftlers Rohmert ausgekocht werden als gesteigerte Arbeitshetze und Kontrolle erfahren? Kommen den Arbeitern bei Merck, Röhm, Schenck usw. etwa die wissenschaftlichen Erkenntnisse zugute oder nicht vielmehr den jeweiligen Betriebseignern? Wird die Mülldeponie den Messelern weniger stinken durch die wissenschaftlichen Gutachten aus der TH? Ist das die Hochschule "der" Darmstädter Bürger, wenn der Poli-

tologe Dr.Dr. Schmidt mittels Scheinvergabe die Studenten zu Spitzeltätigkeiten gegenüber den Bürgerinitiativen zu zwingen versucht? Werden die Schüler Darmstadts jubeln, wenn die Lehrerstudenten die vom Pädagogen Gamm propagierte "Wiederentdeckung der Bescheidenheit" als Erziehungsziel erster Güte ihnen gegenüber durchzusetzen versuchen würden? Welcher Stolz bei welchen Darmstädter Bürgern mit an der THD entwickelten Flugkörpern ins Feld zu ziehen und für die Profite der westdeutschen Bourgeoisie ins Gras zu beißen?

Die Konzentration des Kapitals in der Großindustrie hat einen gigantischen Fortschritt in der Vergesellschaftung der Produktion zur Folge, und nicht nur in der Produktion, sondern auch in der Organisation und Vergesellschaftung von Wissenschaft und Technik. Umso schärfer wird der Widerspruch zwischen Vergesellschaftung der Produktion und der privaten Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums durch die Kapitalistenklasse. In der Epoche des Imperialismus zeigt sich dieser Widerspruch in Stagnation und Krisen, in der Fesselung und massen-



Bei der Grundlegung der Erweiterungsbauten konnte Böhme die Schaufel noch aus der Hand legen; die Arbeiterklasse wird dafür sorgen, daß er sie wieder in die Hand nimmt. (u.a.)

100 JAHRE BRITANNISCHES IMPERIUM

haften Vernichtung der Produktivkräfte, insbesondere der ersten Produktivkraft, des Menschen. Auf Grundlage dieses Widerspruchs wird jede wissenschaftliche Erkenntnis umgesetzt in Auspressung von Mehrarbeit und Unterdrückung, umgesetzt für die Aufrechterhaltung dieses Systems einschließlich der Rüstung für die kriegerische Fortsetzung des Kampfes um die Neuauftteilung der Welt.

Die Mittel zur Entwicklung dieser Wissenschaft und Technik werden sämtliche der arbeitenden Bevölkerung abgepreßt - "mitfinanziert", wie Böhme so schön sagt - sowohl die sachlichen Hilfsmittel in Form von Lohnsteuern als auch die personellen Hilfsmittel in Form der studierenden Jugend aus den besitzlosen Klassen - Erschließung und Förderung von Begabungen "auf möglichst breiter Basis".

An der Hochschule sollen sie umgeschmiedet werden in Waffen und Hilfstruppen der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse und das Volk im eigenen Land, sowie gegen die internationale Arbeiterklasse und die Völker der Dritten Welt.

Hundert Jahre sind genug!

Der Gala-Schau der Bourgeoisie soll es nicht gelingen, die Arbeiterklasse und das Volk für ihre Großmachtpläne zu gewinnen! Es soll ihr nicht gelingen, die Mehrheit der Studenten in ihren Kämpfen gegen die Organisation des imperialistischen Wissenschaftsbetriebs zu isolieren und die Studenten aus den besitzlosen Klassen mithilfe ihrer Kasernenordnung an den Hochschulen zu ihren Hilfstruppen in Betrieben und Schulen zurechtzudressieren.

Geschichte der THD:

„Gewaltige Ziele, denen die deutsche Technik und Wissenschaft nachzustreben haben“

Gründung:

"Eine Schule ist gegründet, wie bisher keine dieser Art bei uns vorhanden war; es ist dadurch Gelegenheit zur Erwerbung von Kenntnissen geboten, wie der Geist der Zeit sie verlangt. Das Publikum zeige nun durch thätige Theilnahme, daß es die Schule zu würdigen, die Gelegenheit festzuhalten versteht. Je zahlreicher sich junge Leute von Talent und Sitte einfinden, um so mehr wird die Anstalt zur Verbreitung wissenschaftlich-technischer Kultur beitragen, um so mehr auf Hebung des industriellen Lebens den gewünschten Einfluß ausüben." (Über Zweck und Einrichtung der neu gegründeten Großherzoglichen Real- und höheren Gewerbeschule, 1836)

Die "Hebung des industriellen Lebens" - das war für die damals in südhessischen Raum ansässigen Kapitalisten lebensnotwendig. Bis tief in die Dreissiger Jahre des vergangenen Jahrhunderts hinein waren sie Handwerksbetrieben ähnlicher denn Fabriken. Im Jahre 1828 werden in Darmstadt (erstmal!) 1 264 Arbeiter gezählt, das sind 6 % der Bevölkerung.

Die Verquickung des bisher für den örtlichen Austausch produzierenden Gewerbes mit dem Binnen- und Weltmarkt wirft die Gretchenfrage der kapitalistischen Produktion - Akkumulieren oder untergehen - mit aller Schärfe auf. Große Teile des Handwerkerstandes lösen sich auf. Entweder sie gelangen an das Kapital, das nötig ist, um fremde Arbeitskraft auszubeuten, oder aber sie müssen sich selber als Lohnarbeiter verdingen.

Reichtümer sind vorhanden, z.B. an den fürstlichen Höfen; durch Jahrhunderte zusammengehaubt. Sie können in Kapital verwandelt werden. Sie werden es auch. Die Einnahmen des Großherz. Hofes in Darmstadt aus Kapitalzinsen betragen 1800 850 Gulden. Im Jahr 1850 bereits 46 823 Gulden. Die Banken entstehen unter direkter Protektion der Fürsten.

In Darmstadt entstehen die ersten Fabriken. 1831 läßt E. Merck die Chlorkalkproduktion im dazu eingerichteten Laboratorium aufnehmen. 1843 wird mit Hilfe von Dampfkraft die 'Fabrik I' in Betrieb genommen. 1850 werden in Darmstadt 29 Industriebetriebe gezählt, 1865 sind es 67.

WELCHE ROLLE SPIELT DABEI "DIE WISSENSCHAFT"?

Die kapitalistische Produktion führt eine ständig fortschreitende Teilung der Arbeit durch. Aus Schreibern werden z.B. Bau- oder Möbelschreiner. Innerhalb der Fabrik verlangt dies höhere Planmäßigkeit der Organisation. Die Teilung der Arbeit ermöglicht aber auch eine weit höhere Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Darauf kommt es den Kapitalisten an. Den Aufschwung in der Entwicklung der Produktivkräfte, der nach Beseitigung der feudalistischen Eigentumsverhältnisse eingesetzt hat, können die Kapitalisten nicht einfach so an sich vorüberziehen lassen. Er verlangt nach wissenschaftlicher Systematisierung.

1836 wird die "Städtische höhere Gewerbeschule" gegründet. Sie war vorher Fortbildungsschule für Handwerker.

"Sie sollte also theils wissenschaftlich, theils praktisch, eine 'allgemeine Vorschule für technische Berufsarten' sein. Diesem Zweck gemäß ist sie eingerichtet; und da es vorzüglich die höhere Industrie unseres Landes war, die eine Schule zur Erlangung vieler gerade für sie höchst nötiger Kenntnisse bedurfte, so gab man ihr den Namen 'höhere Gewerbeschule'. Mit der industriellen Welt soll sie auch in besonders naher Berührung und Wechselwirkung stehen. Dies geht schon daraus hervor, daß demselben vielseitig gebildeten Techniker, der das Secretariat im Großherzogl. Gewerbeverein bekleidet, zugleich der Unterricht in Descriptivgeometrie, in Constructionslehre und Maschinenzeichnen übertragen ist, eine Verbindung, die so-

wohl der Schule als dem Vereine vorteilhaft sein muß. Überdies steht das chem. Laboratorium der Anstalt, durch die Fürsorge der höchsten Staatsbehörde reich ausgestattet und von einem praktisch wie theoretisch tüchtigen Gelehrten geleitet, Fabrikunternehmern und sonstigen Forschern zu Versuchen offen;" (Über Zweck und Einrichtung...)

Im Lehrplan enthalten waren Mathematik, Geschäftsrechnen, allgemeine Buchhaltung, Darstellende Geometrie, allgemeine Konstruktionslehre, Maschinenlehre, Mechanik, Physik, Naturgeschichte, Warenkunde und Chemie.

Schon 1862 forderten die Darmstädter Kapitalisten die "Erhebung der Gewerbeschule zu einer wahren Polytechnischen Schule,..., also mit erweiterten Lehrkräften, vermehrten Fachklassen und damit vermehrten Unterrichtsstunden". (IHK-Jahresbericht 1862) 1869 wird diese Umwandlung vollzogen. Ab 1871 werden die ersten Prüfungen in Darmstadt abgelegt.

Die Kapitalisten wissen, was sie wollen: "...wir halten, im Hinblick auf die durch den steten Aufschwung der Naturwissenschaften, der Technik, die Erweiterung der Verkehrsanstalten, etc. an die Gewerbetreibenden gestellten höheren Ansprüche, im Hinblick auf die Industrie unseres Landes, deren Entwicklung und weitere Ausbreitung, die Gründung einer vaterländischen höheren technischen Bildungsanstalt für unbedingt nötig,..." (IHK-Jahresbericht 1866)

1877 wird die THD gegründet.

DER PLATZ AN DER SONNE:

Vorbereitung 1. Weltkrieg

Lag zu Ende des 19. Jahrhunderts die Aufgabe der Wissenschaft darin, durch theoretische Reflexion die Fortschritte in der Entwicklung der Produktivkräfte abzusichern, so war die nächste Aufgabe der Universität die systematische Erprobung.

"Während der Unterricht bis in die 90er Jahre im Wesentlichen theoretischer Natur war, entwickelte sich immer mehr die Notwendigkeit für technische Institute, die nicht nur dem Studierenden im Unterricht, sondern auch Forschungszwecken dienen sollten." (Festschrift 100 J. THD 1936, S.23)

Also eine neue Aufgabe für die Einrichtungen, die der bürgerliche Staat für die Kapitalistenklasse unterhält. Die Hochschule wurde erweitert. Neubauten für 3,5 Mill. Mark, wovon die Stadt 350 000 übernahm, wurden geschaffen. 1907 hatte die THD neben der "rasenden Entwicklung der E-Technik" noch aufzuweisen:

6 Maschinenbau-laboratorien

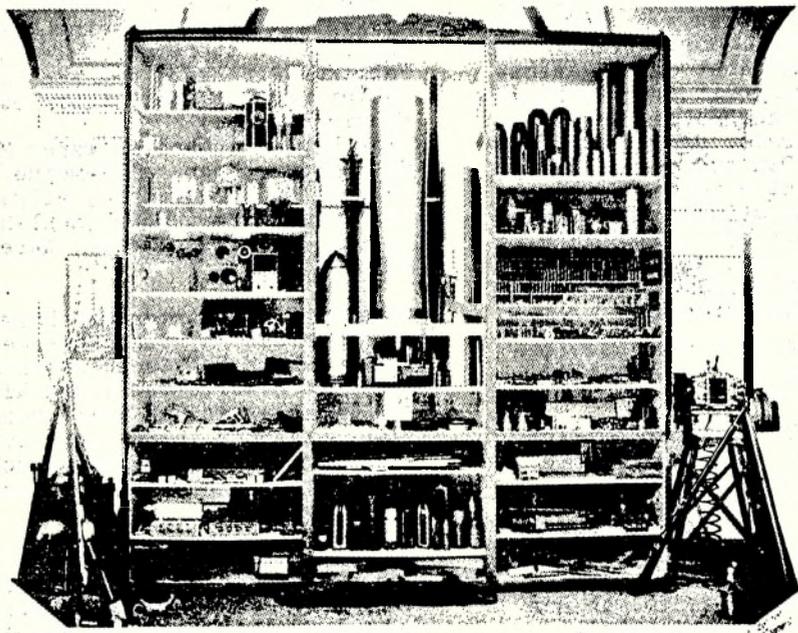
1 Wasserbau-Lab.

4 chemische Institute

1 Botanisches Institut

1 Mathematisches,

und nicht zu vergessen, die "Kriegstechnische Sammlung", von Krupp gestiftet.



et. eine der kriegstechnischen Sammlung.

Für was der deutsche Imperialismus die 'Erprobungsstätte Hochschule' brauchte, war klar. Er griff nach der Neuaufteilung der Welt.

"Im Jahre 1913/14 wandte dann die Hochschule ihr besonders Augenmerk der Luftfahrt zu. Es wurde eine planmäßige Professur dafür geschaffen, und außerdem ein Lehrauftrag für Aeronautische Meteorologie und Aerodynamik erteilt." (Festschrift 1936)

"Im Kriege zeigte sich, auf welcher Höhe die deutsche Technik stand, was sie dank der Ausbildung der Ingenieure auf der TH leisten konnte. Technik und Chemie schufen in engster Zusammenarbeit die Mittel, die nötig waren,

um die Feinde abzuwehren, und das eigene Volk einigermaßen ernähren zu können." Abgesehen davon, daß das Volk diese Parasiten ernähren mußte, und nicht umgekehrt, und daß es kein Verteidigungs- sondern ein Eroberungskrieg war, abgesehen davon, hat der ehem. Rektor der THD, W. Schlick durchaus recht in der Beurteilung der Bedeutung der imperialistischen Eroberungswissenschaft. Pathetisch ruft er aus: "Für unmöglich Gehaltenes wurde möglich gemacht! Welchen Anteil an diesen ungeheuren Leistungen die Technischen Hochschulen in Anspruch nehmen dürfen, wäre einer besonderen umfassenden Darstellung würdig". (Festschrift 1936)
Wie wär's, Böhme ??

**Programm und Statut des
Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)**

Best.Nr. 0050 DM 0,80
auch lieferbar in türkisch, spanisch, portugiesisch, italienisch, französisch,
englisch, griechisch, serbokroatisch



Vorbereitung 2. Weltkrieg

Der 1. Weltkrieg war kaum um, der Ansturm des revolutionären Proletariats auf die Staatsmacht kaum zurückgeschlagen, die reaktionären Studentenverbände waren kaum von ihren Mordzügen gegen die Arbeiterklasse zurück, da vollzieht die Bourgeoisie an den Hochschulen eine Studienreform. "Bis zur Vorprüfung, unter Umständen auch noch für weitere Semester, liegen festumrissene Studienpläne vor, darüberhinaus besteht weitgehende Freiheit der Wahl der Fächer". (Schlick, in Festschrift 1936)

Laufend wird die Hochschule ausgebaut. 1920 allein 1 Professur für praktische Mathematik, 2 Professuren für techn. Mechanik (Schwingungstechnik), 1 Prof. für Wärmetechnik, für Fernmeldetechnik und eine Versuchsstation für Eisenbahnsicherungswesen. 1921 wurde das Institut für Cellulosechemie, 1922 dann das Inst. f. Gerbereichemie geschaffen, wegen der Nähe zur Lederindustrie in Offenbach, Worms und Weinheim. usw. usw.

Systematisch wird an der Hochschule am Wiedererstarben des deutschen Imperialismus gearbeitet.

Von Werner Siemens

stammt der Auespruch, daß es oft naturwissenschaftliche Entdeckungen ganz unheimlicher Art sind, die unserer Technik ganz neue Bahnen eröffnen und wichtige Industriezweige neu schaffen oder neu beleben. Er fügt mit feierlichem Blick hinzu, daß dasjenige Land in dem lebhaft geführten Wettbewerbs der Völker ein entscheidendes Übergewicht erlangt, das zuerst die technisch-wissenschaftliche Forschung pflegt. Die Entwicklung unserer Maschinenbaues, unserer elektrotechnischen und chemischen Industrie vor dem Kriege ist ein lebendiger Beweis für die Richtigkeit dieser Voraussage. Ja man kann sogar behaupten, daß die Entwicklung der letzten Jahrzehnte gezeigt hat, daß die wissenschaftliche Forschung den technischen Fortschritt allmählich aus dem Bereiche des Zufalls in das Gebiet des planmäßigen, Berechnbaren gerückt hat. Darum müssen Staat und Industrie die wissenschaftliche Forschung wie ein kostbares Kleinod pflegen, alle Bedenken materieller Art, daß die Erfindungen in der Industrie nicht auch noch die Last der wissenschaftlichen Forschung tragen können, müssen verstummen angesichts der Tatsache, daß die wissenschaftliche Forschung, wenn auch nicht sofort, sondern oft erst nach Jahren die Mittel, die man für sie aufwendet, tausendfach belohnt. Unsere Industrie muß sich in dieser Beziehung mehr als bisher freimachen von kurzfristigen Augenblickeerwägungen, sie muß sich als Dienerin des Volksganzen fühlen und es als ihre heilige Pflicht betrachten, die wissenschaftliche Forschung zu pflegen, denn diese bietet die Gewähr, daß wir in der Technik führend werden, und daß unsere Erzeugnisse wieder im Auslande mehr verlangt werden.

Damit sich die Forschung 'tausendfach auszahlt' ist die Hochschule reich bestückt mit leitenden Offizieren der großen Imperialistischen Monopole. Nehmen wir z.B. Prof. E. Reuleaux, Bau - Ing. Am 29.10 31 wurde er Rektor der THd. Nebenher war er sogar Dekan an der Universität in Woo Sung und Berater der chin. Regierung, d.h., der imperialistischen Konzerne, für Eisenbahnsicherung. Ab 1934 wandte er sich noch mehr der praktischen Seite zu. Er wurde Oberingenieur bei der Fa. Ph. Holzmann FFm.

Oder der vielgerühmte Waldemar Petersen, Prof für E-Technik von 1918 -28, ab 1926 im Vorstand der AEG. Oder andersherum z.B. Dr. Buchhold, Vorher: Oberingenieur der Bahnabteilung von BBC Mannheim, nacher: Professur für Elektromaschinenbau.

Die Materialprüfungsanstalt (MPA), 1907 gegründet, arbeitete sowieso voll nach dem i Motto: Aus der Praxis - für die Praxis. Und siehe da: "Bei all ihren Forschungen gelang es der MPA durch engste Zusammenarbeit mit der Praxis eine Entfremdung gegenüber deren Forderungen und Notwendigkeiten zu vermeiden." (A.Thum in: Festschrift 1936) Kurz gesagt: Es gab für die reaktionäre Professorenenschaft an den Hochschulen Gelegenheit genug, den Sprung 'in die Praxis', in die Chefetagen der Konzerne vorzubereiten.

Für die Studenten sah es damals schon anders aus. Die Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie bewirkten z.B., daß von 1930-34 die Zahl der Studenten von 2 800 auf 1 400 Halbiert wurde, "bedingt durch verschiedene Umstände, wie Arbeitsdienstpflicht, Heeresdienstpflicht u.ä., ..." (Festschrift)

Die ideologischen Manöver, die damals zur Kriegsvorbereitung an der Hochschule ausgeheckt wurden, sind, abgesehen von einpaar Nazi-Besonderheiten, die gleichen wie heute.

So z.B. die Theorie der "Veredelungsindustrie" von Prof. A. Thum, ehemals Leiter der Versuchsanstalt von BBC Mannheim.

Wir besitzen nur Kohle und Kall in reichem Maße. Es fehlen uns vor allem die hauptsächlich metallischen Erze, die wir zur Herstellung unserer wichtigsten und hochwertigsten Maschinen und technischen Einrichtungen benötigen, das Eisen, Kupfer, Aluminium, Mangan, Chrom, Nickel, Wolfram, Vanadin, Kobalt, Zinn, Antimon, Platin. Es fehlen uns die Wolle, die Baumwolle, der Kautschuk, der Asbest, die Lache und das Rohöl als Grundstoff für unsere motorischen Treibstoffe und Schmiermittel. Wollen wir unsere Lebensbedürfnisse gemäß dem Stande und den Erfordernissen eines neuzeitlichen Kulturvolkes befriedigen, wollen wir verhindern, daß wir in mittelalterliche Zustände hinabsinken, dann müssen wir diese Stoffe aus fremden Ländern einführen, um aus ihnen Maschinen, Apparate, Fahrzeuge, Flugzeuge, Waffen, Einrichtungen und tausend Diner unserer täglichen Bedarfe herzustellen. Wir können diese Stoffe aber nicht etwa mit Gold bezahlen, sondern nur mit Waren, die wir aus den Rohstoffen herstellen. Unsere Industrie muß in zunehmendem Maße zu einer Veredelungsindustrie werden, die nicht nur Erzeugnisse gewöhnlicher Art hervorbringt, sondern höherwertige. Wir brauchen daher erfindungsreiche Köpfe und eine umfichtige, anpassungsfähige Industrie. Unser Bestreben muß sein, es anderen Völkern in neuen Erfindungen nicht nur gleichzutun, sondern sie weit zu übertreffen.

Das Problem der Erwerblosigkeit ist in unserer Lage ebenfalls so außerordentlich schwer, weil wir nur über ganz geringe natürliche Hilfsquellen verfügen und im Verhältnis zu den gekrumpten Außenmärkten eine sehr starke Überbevölkerung haben. Unser Volk wies vor dem Kriege eine starke Vermehrung auf, wir hatten so gut wie keine Arbeitslosigkeit, denn damals standen uns die Märkte der ganzen Welt offen. Unsere großen Industrien, z.B. die Maschinen-Industrie, die elektrische, chemische und optische Industrien waren zum großen Teil Ausfuhrindustrien, wir waren das bedeutendste Maschinen aus-

führende Land der Welt. Durch den Weltkrieg ist auf der einen Seite in der ganzen Welt eine ungeheure Kapitalverlagerung, auf der anderen Seite eine unnatürliche Kapitalverlagerung und -Fehlleitung eingetreten, und es sind in einer Reihe von Überseeestaaten selbständige Industrien entstanden. Jeder Staat, selbst der kleinste, hat das ungeheure Bestreben, sich wirtschaftlich vollkommen unabhängig von der übrigen Welt zu machen; so kommt es, daß in vielen Ländern künstlich Industrien geschaffen wurden, für die die natürlichen Vorbedingungen fehlen. Es ist etwas widersinniges, daß im Zeitalter des 500 Kilometer-Flugzeuges und der Radiotechnik die Absperrung der Völker voneinander immer größer wird. Erhöhung der Zollmauern, Beschränkung des Warenverkehrs, Devisenbeschränkungen für den Handel sind die unnünftigen Folgen überspannter Autarkiebemühungen und das Endergebnis ist vermehrte Arbeitslosigkeit, Verarmung, Hunger und eine zunehmende Zahl von Bankrotten. In dieser furchterlichen Lage befinden sich gegenwärtig alle Völker, besonders schlimm in unserer Lage. Es gilt nun für unser Volk in allen seinen Ständen gegen diese widrigen Zeitumstände mit aller Kraft anzukämpfen. Besonders unterer Technik fällt der Hauptteil dieser verantwortungsvollen Aufgabe zu, aus dieser schrecklichen Lage einen Ausweg zu schaffen. Sie muß Organisationsmethoden und technische Mittel ausfindig machen, die es ihr ermöglichen, die tausenderlei Verbrauchsgüter und Produktionsmittel, die unsere Volkswirtschaft benötigt, billiger als bisher zu erzeugen:

'Veredelungsindustrie', 'Unnatürliche Kapitalverlagerung- und Fehlleitung' - hier wird das Recht der Imperialisten auf Unter-

jochung fremder Völker und Aneignung ihrer Bodenschätze propagiert - um die Arbeitslosigkeit zu beheben, versteht sich.

Das ist das allgemeine Ziel der imperialistischen Hochschule. Diesem Ziel muß auch die Organisation des Studiums Rechnung tragen:

Bei den großen, gewaltigen Zielen, denen die deutsche Technik und Wissenschaft nachzustreben hat, ergeben sich für die Technische Hochschule die verantwortungsvollsten Aufgaben. Ihr obliegt in erster Linie die Pflicht, den technischen Nachwuchs zu höchster Leistungsfähigkeit auszubilden. Aus ihrem Schoße soll jene kleine Schar von besonders befähigten Ingenieuren hervorgehen, die sich in der Praxis so ausgezeichnet bewähren, daß sie später den Führerstab der Technik bilden können. Zum Führer eignet sich aber nur, wer in Gehorsam und eiserner soldatischer Zucht aufgewachsen ist.

Das ist heute, wo die Bourgeoisie gezwungen ist, ihre Funktionäre aus den besitzlosen Klassen der Gesellschaft zu rekrutieren, zu einer maßgeblichen Frage des Klassenkampfes geworden.

Vorbereitung 3. Weltkrieg

"Unnatürliche Kapitalverlagerung und -fehlleitung" - das zu verhindern ist auch heute das Ziel der westdeutschen Bourgeoisie. Unnatürlich ist in ihren Augen alles, was ihrem Profitstreben entgegensteht.

Es ist noch keine zehn Jahre her, daß die bürgerlichen Zeitungen angefüllt waren mit Geschrei über die "technological gap", über ein Zurückbleiben der westdeutschen Kapitalisten bei der Anwendung modernster Technik im Vergleich mit der Supermacht USA oder anderen imperialistischen Ländern wie z.B. Frankreich. Kenntnisse und industrielle Fertigkeiten in der Luft- und Raumfahrttechnik, Kernspaltungstechnik, Halbleitertechnologie, Datenverarbeitung usw seien unbedingt notwendig, um in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt bestehen zu können. Es ist leicht festzustellen, daß gerade in diesen Bereichen die Aufwendungen für die Forschung gewaltig gesteigert wurden. Auch an der TH Darmstadt ist dies festzustellen. Es ist der westdeutschen Kapitalistenklasse teilweise schon gelungen, sogar den USA Märkte und Einflußsphären abzujagen. Das Milliardengeschäft mit der Aufstellung von Kernkraftwerken in Brasilien ist dafür herausragendes Beispiel.

Entscheidender als die Konkurrenz auf dem Warenmarkt ist das Ringen um die Ausbeutung der Arbeiter in anderen Ländern, d.h. der Export von Kapital. Auch dabei hat die westdeutsche Bourgeoisie heute einen Vorsprung vor ihren europäi-

schen Konkurrenten, auch dabei greift sie die Vorherrschaft der USA an.

Beides, Export von Waren wie Export von Kapital gegen den Druck der Konkurrenten, ist nur möglich aufgrund eines Vorsprungs in der Ausbeutung der "eigenen" Arbeiter. Denn ein Kernkraftwerk, soll es verkauft werden, muß nicht nur überhaupt gebaut werden können, sondern es muß billiger werden als bei der Konkurrenz und das Kapital für ein VW-Werk in den USA will zuerst abgepreßt sein aus den Knochen der VW-Arbeiter.

Vorsprung in der Kunst der Schweißauspressung vor der Konkurrenz, Höchstprofit - das ist neben der Verfeinerung der Unterdrückung der Antriebe für jegliche Forschung, die die BRD-Imperialisten betreiben lassen.

Schon zweimal in diesem Jahrhundert haben die Imperialisten ihren Kampf um Einflußsphären im Weltmaßstab durch Krieg ausgetragen. Die Gefahr eines dritten imperialistischen Weltkrieges nimmt zu; die immer häufigeren Friedensbetuerungen und Abrüstungskonferenzen können darüber nicht hinwegtäuschen. Die westdeutsche Bourgeoisie rüstet für die Teilnahme am Krieg, um einen möglichst großen Teil der Beute an sich zu reißen. Sie läßt wieder Kriegsschiffe bauen, sie versucht einen Teil der Arbeiter, der Jugend und des Volkes überhaupt politisch dafür zu gewinnen. Sie richtet auch die Forschung auf diese ihre Pläne aus.

Die Epoche des Imperialismus ist die Epoche der sozialen Revolution des Proletariats. Wie in einer Reihe anderer Länder wird auch in Westdeutschland die Arbeiterklasse sich von der Ausbeutung und Beherrschung durch die Kapitalistenklasse befreien. Der Kampf für den Sozialismus, für die Diktatur des Proletariats ist zugleich der entschiedenste Kampf

gegen die kriegerischen Bestrebungen der Bourgeoisie. Dieser Kampf wird auch dazu führen, daß die Hochschulen nicht länger eine Anstalt der Kapitalistenklasse zur Heranbildung ihres Funktionärnachwuchses und zur Forschung zum Zwecke verschärfter Ausbeutung sein werden.
100 JAHRE SIND GENUG !

DIE KLASSENSPALTUNG AN DER HOCHSCHULE

Öffentlicher Dienst - Unterdrückung der besitzlosen Klassen

Der "öffentliche Dienst" ist kein Produktionskörper, sondern ein Gewaltapparat.

Leicht einsehen kann man diese Tatsache, wenn man sich die Ausbildungsmethoden, die Spaltungsmanöver und die Gängelungsmethoden der Professoren gegenüber den Studenten zwecks Indoktrination bürgerlicher Wissenschaft und Ausrichtung zum Funktionär der Kapitalistenklasse ansieht

Schwieriger ist es einzusehen, was die konkrete Tätigkeit einer Sekretärin oder eines Feinmechanikers oder die eines Chemielaboranten an der TH mit Gewalt und Unterdrückung der besitzlosen Klassen zu tun hat. Die Vielfalt an konkreten Arbeiten und Diensten ändert nichts an dem Charakter des Staatsapparates, an seiner Unterdrückungsfunktion.

Erstens besteht ein Großteil dieser konkreten Arbeiten und Dienste darin, die Kapitalisten von der Notwendigkeit zu befreien, aus eigenen Mitteln die Kosten für ihre Produktionsmittel aufbringen zu müssen. Die Forschung, die an der Hochschule betrieben wird, ist ein anschauliches Beispiel dafür: sei es jetzt die Konstruktion von Maschinen, oder die Ausarbeitung von Rationalisierungsmaßnahmen, oder Marketingmethoden, oder die Erforschung und Erprobung von Kernenergieanlagen, oder die Erforschung von Kriegsmaterial uswusf.

"Gut, was die Hochschule anbelangt, kann das ja richtig sein", wird uns manch einer entgegenhalten, "aber der öffentliche Dienst verrichtet doch auch Dienste an den Volksmassen".

Ganz einfach, antworten wir: Soweit der öffentliche Dienst "Dienste" an den Volksmassen verrichtet, wie z.B. im Schulwesen oder in den Krankenhäusern oder im Nahverkehr oder auf dem Arbeitsamt oder im Jugendamt, so gründet sich das auf eine schamlose Ausplünderung der Volksmassen. Z.B. die Kosten für Schulmaterial, die Krankenversicherungskosten, die hohen Kosten für Medikamente, die hohen Nahverkehrspreise, die ständig steigenden Gebühren für Strom, Gas, Wasser, Müllabfuhr usw.

Zum zweiten ist jeder dieser Dienste unlösbar und verkettet mit Bespitzelung, Beschnüffelung, Gängelung, Unterdrückung.

Die konkreten Dienste, die der imperialistische Staatsapparat an den Volksmassen verrichtet, bilden also bloß den Vorwand für die unverschämte Ausplünderung und sind ansonsten nur das Umhängsel für die eigentliche Unterdrückung.

Also, wird jeder sagen, es besteht ein Gegensatz zwischen den öffentlichen Diensten und den Volksmassen. Das steht außer Zweifel, und dieser Gegensatz kann nur in der proletarischen Revolution gelöst werden, deren Aufgabe die Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparates ist, um dann den Sozialismus aufzubauen unter der Diktatur des Proletariats über die Herrschaft der produzierenden Klasse.

Aber besteht deshalb gleichzeitig ein Gegensatz zwischen den Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst und der Arbeiterklasse und den Volksmassen, der dann sinnvoll nur aufgelöst werden könnte durch die Erschlagung dieser Millionen?

Keineswegs! Denn je mehr die Widersprüche der imperialistischen Gesellschaftsordnung wachsen- und sie müssen zwangsläufig wachsen- um so weniger kann die Handvoll Bourgeois die Unterdrückung selber durchführen. Sie ist gezwungen, dieses dafür notwendige Personal dem Arbeitsmarkt zu entnehmen, also aus der Masse der besitzlosen Arbeiter.

Organisatorisch ist die Zerlegung der Gesamtaufgabe der Unterdrückung in einzelne Teilaufgaben notwendig, in denen der Zweck nicht mehr unmittelbar erkenntlich wird. Es ist nämlich gar nicht erforderlich, daß das einzelne Glied in diesem Unterdrückungsapparat überhaupt seine Funktion bemerkt: Was hat z.B. der Feinmechaniker im Lehrstuhl Arbeitswissenschaften mit den Rationalisierungsplänen des Prof. Rohmert zu tun, die er im Auftrag der Kapitalisten erforscht und ausprobiert? Was hat z.B. die Sekretärin, die die Personalakte aus der Registratur holt, zu tun mit dem Präsidenten, der aus der Kenntnis dieser Aktenlage beispielsweise die Entlassung des Personalratmitglieds Schwarz betreibt? Was hat der Hausmeister im Hauptgebäude mit dem Erlaß des Präsidenten zu tun, Veranstaltungen von Kommunisten in der Hochschule verbieten zu wollen?

Auf alle drei Beispiele -und die sind beliebig- muß man klar antworten: nichts!

Das Ganze findet seinen Ausdruck darin, daß die Verrichtung der Volksunterdrückung mittlerweile ein ordentliches Maß an politischer Entrechtung und Unterdrückung der Beschäftigten zu diesem Zweck voraussetzt. Nur einige Beispiele: die Beamtengesetze, die Tariflosigkeit für Beamte, die Überprüfungsermächtigung, das Verpflichtungsgesetz mit seinen Unterpunkten: Verletzung des Dienstgeheimnis, Verrat in irriger Annahme eines Staatsgeheimnisses, Verwahrungsbruch, Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes, Verwertung fremder Geheimnisse usw. usf.

Kein Wunder dann auch, daß die Organe des öffentlichen Dienstes, die der inneren Kontrolle und Bespitzelung dieser Dienste dienen, am schnellsten anwachsen.

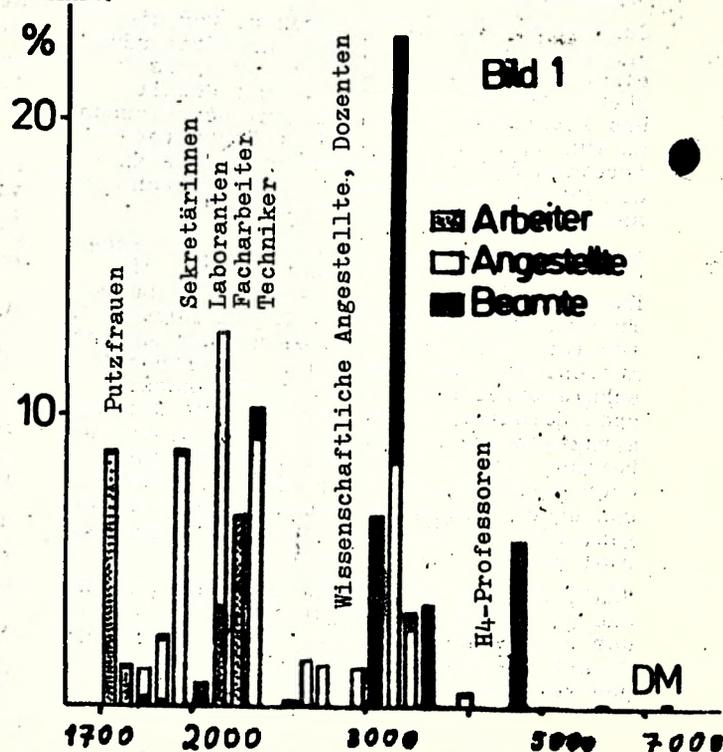
Der durchaus gegebene Gegensatz zwischen der Arbeiterklasse, wie überhaupt zwischen den Volksmassen und den "öffentlichen Diensten" findet sich also konkret in der Form des Gegensatzes zwischen der Masse der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und der staatlichen Dienstaufsicht wieder. In der Fabrik ist die Klassenspaltung relativ klar erkennbar. Auf der einen Seite stehen die Arbeiter, die arbeiten und auf der anderen Seite stehen die Kapitalisten, die Dividende einstreichen. Dazwischen

gibt es noch eine gewisse Anzahl von Mittelleuten, die das Werk der unmittelbaren Antreiberei verrichten, wofür sich die Kapitalisten selber zu fein sind und wozu sie auch zu faul sind.

Anders im öffentlichen Dienst. Da nichts produziert wird, gibt es auch nichts anzueignen. Da die öffentlichen Dienste zwecks Unterdrückung da sind, die Masse der Beschäftigten jedoch keinerlei Interesse an der Unterdrückung hat, muß es Betreiber dieser Unterdrückung geben.

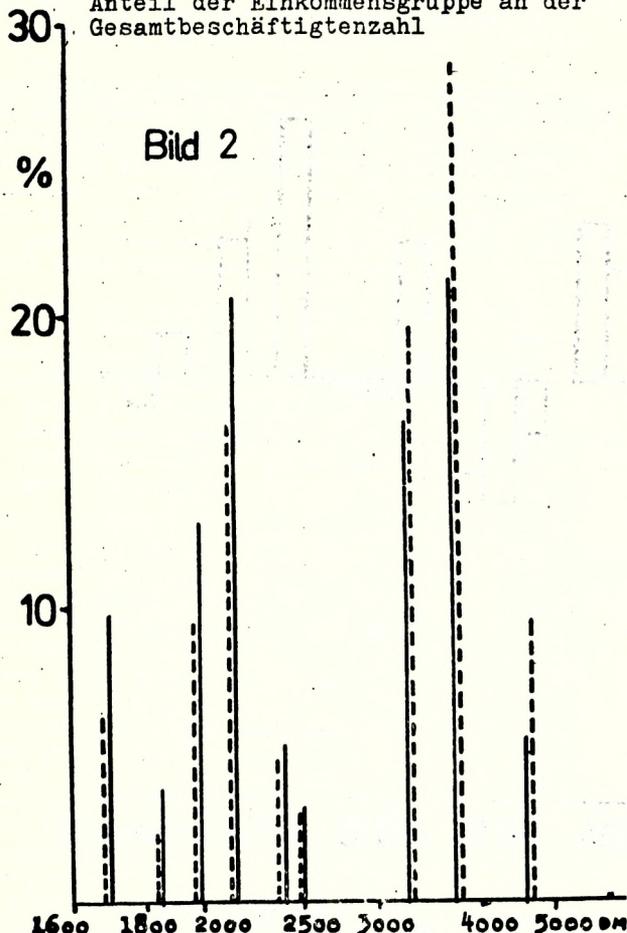
Karl Marx und Friedrich Engels haben im Kommunistischen Manifest geschrieben: "Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheines entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt." Alle Funktionen des öffentlichen Dienstes sind aufgrund dieser Tätigkeit in das Lohnverhältnis gekleidet. Dieses Lohnverhältnis drückt dem Anschein nach nur einen quantitativen, nur einen graduellen Unterschied aus, etwa wer 8000 DM verdient "schafft" viermal so viel wie der, der 2000 DM verdient.

In den Schaubildern 1 und 2 läßt sich allerdings erahnen, wie tief die Schluchten der Klassenspaltung der Gesellschaft sind, zu deren Beherrschung die öffentlichen Dienste da sind, und die deren Widerspiegelung sind.



unterbrochene Linie :
Anteil der Löhne und Gehälter der
Einkommensgruppe an den gesamten Perso-
nalkosten

durchgezogene Linie:
Anteil der Einkommensgruppe an der
Gesamtbeschäftigtenzahl



Wie im Schaubild 1 erkennbar ist, sind in den Einkommensklassen von 1700 DM bis 2500 DM sämtliche Arbeiter, der größte Teil der Angestellten und die mittleren und kleinen Beamten. Dann tut sich eine tiefe Schlucht auf, die für die öffentlichen Dienste insgesamt unspezifisch, für die TH aber charakteristisch ist: die Dozenten, Studienräte und wissenschaftlichen Angestellten machen die nächste Einkommensgruppe aus. Der größte Teil dieses sogenannten Lehrkörpers sind Beamte. Die nächste tiefe Schlucht dokumentiert dann endgültig die Klassenspaltung: Die Professoren, von denen sehr viele selber zugleich Kapitalisten sind (siehe Artikel über Prof. Wölfel) und der Präsident nebst seines Kanzlers.

Nicht an der starken Konzentrierung der Beamten auf der rechten Seite des Schaubildes dokumentiert sich die Klassenspaltung, sondern natürlich auch an der Geldseite, die wir im Schaubild 2 dargestellt haben. Ausgeschlossen ist es natürlich nicht, daß sich der eine oder andere Professor aufgrund von Einsicht in den Gang der Geschichte auf die Seite der Klasse schlägt, die die Zukunft der Gesellschaft hat - mit mindestens 6000 DM im Monat dauert es aber meistens etwas länger, bis der Blick dafür klar wird. Da es der herrschenden Klasse beliebt, bei jeder Gelegenheit mit den "Personalkosten" herumzufuchteln, haben wir einfach dargestellt, welcher Prozentanteil der Personalkosten auf den jeweiligen Prozentanteil des Personals fällt. In der untersten Einkommensgruppe entfallen auf 10.2% der Beschäftigten 6.3% der Personalkosten. In der höchsten Einkommensgruppe verzehren 5.7% des Personals 9.5% der Personalkosten.

Die Anreiber und Aufsichtsbeamten werden nicht nur gemästet, sondern der Apparat wird ständig noch ausgebaut, das haben wir im 3. Schaubild dargestellt. Seit November 75 gibt es im öffentlichen Dienst die Stellenbesetzungssperre. Wird also jemand entlassen oder in Rente geschickt oder kündigt selber, so wird dessen Stelle nicht mehr besetzt. Folge ist: steigende Arbeitslosigkeit, weil die selbe Arbeit von weniger Personal gemacht werden muß. Bei den Putzfrauen ist z.B. die Arbeitsleistung innerhalb von 2 Jahren um 15% gestiegen (bei Spitzenbelastung um 100%).

Bei den Professoren genau das Gegenteil. Obwohl formell auch der Stellenbesetzungssperre unterworfen - der Kultusminister drückt das allerdings etwas feiner aus - ist der Anteil der Professoren um 6.4% gestiegen. Man kann es auf dem Schaubild 3 verfolgen. Die jeweils erste Säule stellt den prozentualen Anstieg der Professoren für den Zeitraum herbst 74 bis Herbst 77 dar. In den meisten Fachbereichen ist dieser Anteil gestiegen. In einem Fachbereich (16) gesunken, allerdings weniger stark als der Anteil der wiss. Mitarbeiter, Akademischen Räte, Oberräte und Studienräte. Dieser Anteil ist in der zweiten Säule dargestellt, für die ein starkes Absinken typisch ist. Im Ergebnis kommt für den oben genannten Zeitraum eine Senkung von 5.3% heraus. Die dritte Säule stellt den gesamten Lehrkörper einschließlich der Honorarprofessoren und der Lehrbeauftragten dar. Auch hier hat es eine geringe Senkung im oben genannten Zeitraum gegeben (0.9%).

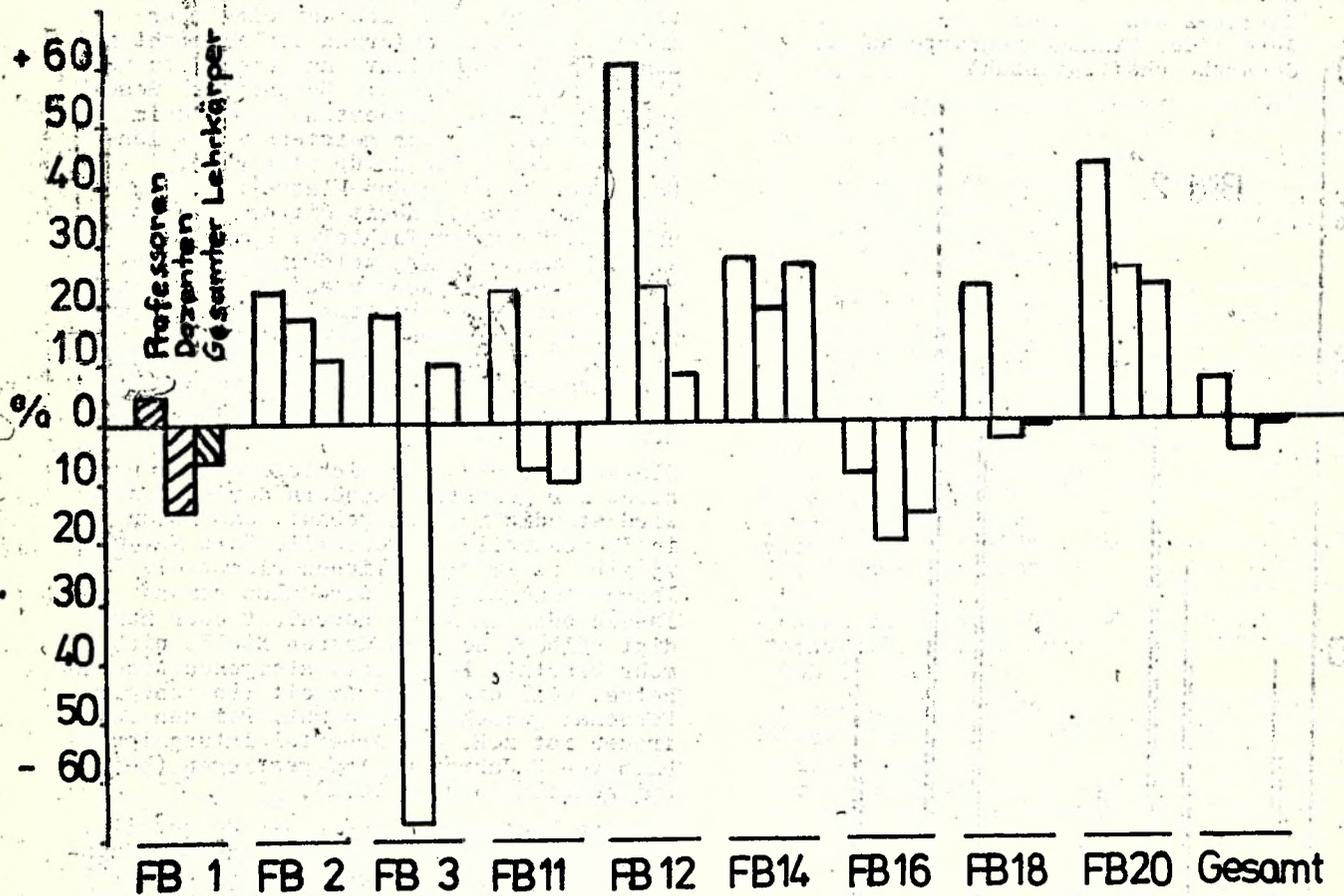
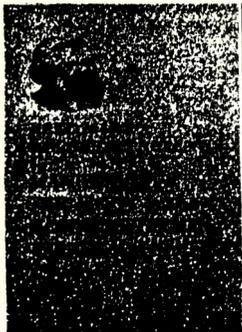


Schaubild 3: Entwicklung des Lehrkörpers von 1974-77



Karl Marx/Friedrich Engels
Manifest der Kommunistischen Partei

Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking
 84 Seiten DM 1,30
 Best.Nr.: 1/1/G-736

Das von Karl Marx und Friedrich Engels als Programm des „Bundes der Kommunisten“ von Dezember 1847 bis Januar 1848 verfaßte Manifest erschien erstmalig in London im Februar 1848. Es hat auch heute nichts von seiner Bedeutung verloren. Später (1872) schrieben Marx und Engels in einem Vorwort zum Manifest: „Wie sehr sich auch die Verhältnisse in den letzten fünfundzwanzig Jahren verändert haben, die in diesem Manifest entwickelten allgemeinen Grundsätze behalten im ganzen und großen auch heute noch ihre volle Richtigkeit. Einzelnes wäre hier und da zu bessern. Die praktische Anwendung dieser Grundsätze, erklärt das Manifest selbst, wird überall und jederzeit von den geschichtlich vorliegenden Umständen abhängen, und deshalb wird

durchaus kein besonderes Gewicht auf die am Ende von Abschnitt II vorgeschlagenen revolutionären Maßnahmen gelegt. Dieser Passus würde heute in vieler Beziehung anders lauten. Gegenüber der immensen Fortentwicklung der großen Industrie in den letzten fünfundzwanzig Jahren und der mit ihr fortschreitenden Parteiorganisation der Arbeiterklasse, gegenüber den praktischen Erfahrungen, zuerst der Februarrevolution und noch weit mehr der Pariser Kommune, wo das Proletariat zum ersten Mal zwei Monate lang die politische Gewalt inne hatte, ist heute dieses Programm stellenweise veraltet. Namentlich hat die Kommune den Beweis geliefert, daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann.“ Dennoch sind die Sätze des Manifests über die geschichtliche Entwicklung der Bourgeoisie und der bürgerlichen Gesellschaft und über die revolutionären Aufgaben ihres Produkts, des modernen Proletariats, die Grundlage jedes kommunistischen Programms.

PROF. WÖLFEL : DIENSTHERR UND KAPITALIST

In der Darmstädter Hilpertstr. 10 befindet sich die Firma STOE und ZIE. Hauptaktionär: Erich Wölfel, seines Zeichens Inhaber einer H⁴-Stelle an der TH Darmstadt

Im Umkreis des Professors beschäftigt man sich mit "Strukturforschung". Der Forschungsbericht gibt darüber Auskunft, daß es sich hierbei um die Aufklärung von Kristallstrukturen vor allem durch Röntgenbeugung handelt. Die Firma STOE und ZIE stellt Geräte zur Strukturanalyse her, die mit Hilfe der Röntgenbeugung arbeiten.

Der Herr Professor ist also einer, der die "Verbindung zur Praxis" nicht nur über eine maßgerechte Erziehung der Studenten zu treuen Vasallen der Kapitalisten und über rege Forschungsbeziehungen hält, sondern der gewissermaßen eins ist: Kapitalist und Dienstherr. Also ein sehr vielseitiger Bourgeois.

Während andere Kollegen des Prof. Wölfel ihre Forschungstätigkeit in "mußigen" Börsenspekulationen (Prof. Hielscher, FB 1) Forschungsthema: "Untersuchungen zur Theorie der Börsenkursbildung", Methoden der Portfeuille (=Geldbeutel)-Optimierung, ist der Herr Dekan noch Kapitalist von altem Schrot und Korn. Er taucht gerne selbst in der Firma auf und kümmert sich um den Fortgang der Geschäfte und der Produktion. Das er umso weniger in den Diensträumen in der Hochschule zu finden ist, spielt dabei keine Rolle: mit ein paar Vorlesungsstunden und Verwaltungsaufgaben hat der Professor seine Pflicht erfüllt und kann sich voll der Umsetzung der Forschungsergebnisse widmen. Die Aufgabe ist nicht einfach: Wenn man die Geräte, die zwischen 300 000 und 400 000 DM kosten an den Mann bringen will, muß man ein umfangreiches Vertriebsnetz aufrechterhalten. Über Nebenstellen in London, Paris und New York wird bis nach Afrika und den Ostblock geliefert. Dies muß natürlich mit dem entsprechenden Profit passieren und als vor einigen Jahren die Wirtschaftskrise auch STOE und ZIE nicht verschonte, mußte Herr Wölfel die Belegschaft um 40% verringern, um in der Konkurrenz mithalten zu können. Um möglichst wenig bezahlte Arbeitsstunden auf ein Produkt zu vergeuden hält sich der Herr Professor die beachtliche Anzahl von 8-9 Lehrlingen bei ca. 25 Mann Belegschaft. Wie man das aus anderen Darmstädter Industriebetrieben kennt (Röhm, Merck), ist Samstagarbeit ein beliebtes Mittel der Profitsteigerung. Da die Lehrlinge in der Produktion eingesetzt werden, konnte man sie auch samstags nicht links liegen lassen. Natürlich, und da verfährt der Herr Dekan an der Hochschule gar nicht anders, geht das Lehrlingsgeschäft nur solange gut, wie es gelingt, die

Nichtübernahme als Facharbeiter nach Abschluß der Ausbildung durchzusetzen. Bei einer derartigen Lage mußte Herr Wölfel vor einigen Jahren auch noch gegen den Widerstand der Lehrlinge und den Aufbau einer Jugendvertretung ankämpfen und hatte permanent mit der Gewerkschaft Ärger.

Die Entwicklungskosten der Geräte sind hoch und wo in einer solchen Situation der bürgerliche Staat mit kostenloser Forschungsarbeit an den Hochschulen und Instituten und mit Subventionen aus Steuergeldern den Kapitalisten unter die Arme greift, hält der Hauptaktionär von STOE und ZIE die Kosten auf viel direkterem Wege gering. Die Mechanischen Werkstätten an der TH sind apparativ gut ausgerüstet. So wurden in reger Zusammenarbeit mit der Werkstattleitung die Prototypen der sogenannten "Euler-Wiege" an der TH gebaut.

Professor Wölfel hat gerade für diese Aufgabe auch nicht auf die "rege Mithilfe" wissenschaftlichen Personals der Hochschule verzichten können. Für die Prozeßrechner mußten Programme gemacht und getestet werden, die Anlagen mußten konstruiert und ausprobiert werden. So erhielten die Doktoren Paulus und Weitzel die Gelegenheit blutleere Wissenschaft einmal praktisch anzuwenden. Selbst bis zum heutigen Tag sollen sie dabei nicht entbehrlich sein.

Am Beispiel des Hochschulprofessors Wölfel kann man gut sehen, wie der bürgerliche Staat - hier in der Gestalt der Hochschule - den Kapitalisten dient. Herr Wölfel fährt dabei nicht schlecht: Zu seinem Staatssalär 4600 DM (ohne Zulagen) kommen noch beachtliche Sümmchen aus der Firma hinzu und sein Bungalow im Mozartweg sorgt ansonsten für sein Wohleben.

Die Wissenschaft, die der bürgerliche Staat an den Hochschulen betreiben läßt, dient dem Profit der Kapitalisten. Während die von wissenschaftlichen Mitarbeitern an der Hochschule angefertigten Doktorarbeiten in Form von Veröffentlichungen in wissenschaftlichen Zeitschriften der gesamten Kapitalistenklasse zur Verfügung gestellt werden, betreibt der Herr Wölfel dieses Geschäft nur etwas direkter. Dabei mag er dem einen oder anderen finanziell etwas mehr aus Staats- oder Privatkasse zufließen lassen, das Ergebnis bleibt das Gleiche - ein Teil der Lohnabhängigen soll gekauft werden für die Geschäfte der Kapitalisten und im Bewußtsein halten, daß die Kumpagnei mit Dienstherrn und Kapitalisten sich auszahle.

Die, die dazu "Freiheit von Forschung und Lehre" sagen, wollen die Verhältnisse an den Hochschulen verkleistern. Es ist die Freiheit des Profits und die Verschärfung der Ausbeutung!

BÜRGERLICHE WISSENSCHAFT:

Verschweigen von Tatsachen,
Verhüllung von Tatsachen,
Lügen über Tatsachen

Deutsche Forschungsgemeinschaft:

Forschungssteuerung des Finanzkapitals

Die DFG dient der Finanzbourgeoisie, um die Forschung eng an ihren Zielen auszurichten. Die Hochschulprofessoren erhalten über die laufenden Hochschuletats in der Regel zu wenig Geld, um Forschungsprojekte zu unterhalten. Dieses Geld bekommen sie von der DFG, wenn sie "förderungswürdige Projekte" bearbeiten lassen.

Dafür gibt die DFG jährlich 646 Millionen DM, die fast ausschließlich vom bürgerlichen Staat (Bund und Länder) kommen, also dem Volk durch Steuern abgepreßt werden.

Die Ausschüsse, die über die Förderungswürdigkeit der Projekte entscheiden, sind mit Professoren, Regierung und Kapitalisten besetzt. Im "Ausschuß für angewandte Forschung" sitzen z.B.:

- Deuster (Vorstandsvorsitzender Energieversorgung Oberhausen AG)
- Fiala (Vorstand VW-Werke AG)
- Franz (Direktor AEG-Telefunken)
- Haier (Vorstand Siemens AG)
- Hochstädter (Ministerialdirektor Baden-Württemberg)
- usw.

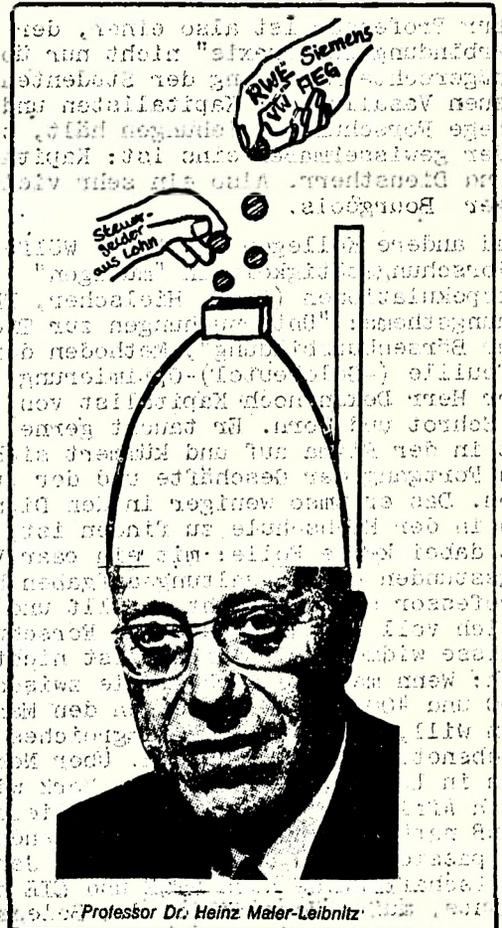
Nach der Krise 1973 treiben Kapitalisten und Staatsvertreter die Ausrichtung der Forschung auf die Expansionspläne des westdeutschen Imperialismus voran. Das bedeutet:

Suche von Rohstoffen und Kapitalanlagen in den Ländern der Dritten Welt und Verschärfung der Ausbeutung der westdeutschen Arbeiterklasse. Diese Ziele der Politik des westdeutschen Imperialismus drücken sich deutlich in den Forschungsprogrammen der DFG aus.

Expansionspläne werden vorbereitet und ausgeforscht: Ab 1977 fördert die DFG das Projekt 'Iraniden'.

Eine DFG-Delegation führte dazu Gespräche mit dem "Geological Survey of Iran" (Geologische Untersuchung des Iran). Man kann sicher sein, daß sich die Imperialisten dabei auffallende Kenntnisse über

Bodenschätze nutzbar machen werden. Ein anderes Projekt: Das Afrika-Kartenwerk (4,6 Mio DM Förderungssumme). "Geologie, wirtschaftsgeographische Situation und die Wanderungsbewegung der Arbeiter" sollen erforscht werden. Die imperialistische Sucht nach billigen Rohstoffen und Arbeitskräften stinkt förmlich aus diesen Worten. Mit den US-Imperialisten soll jetzt zusammen das "Deep Sea Drilling Projekt" (Tiefseebohrungen) betrieben werden. Koordinator: Ein Herr Doktor Beiersdorf von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe!



Professor Dr. Heinz Maier-Leibnitz

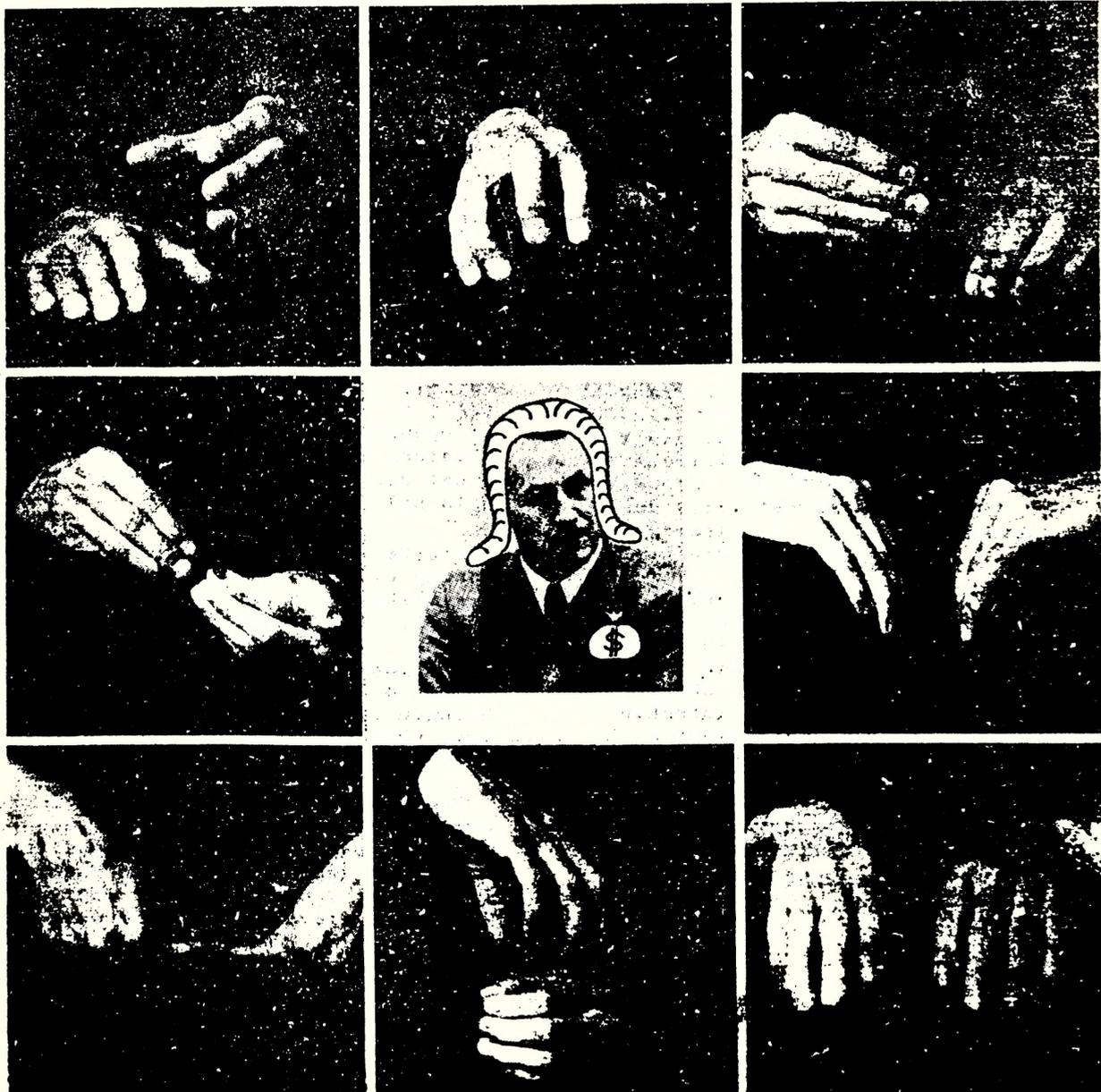
Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse

Expansionsmaßnahmen sind natürlich nur möglich, wenn dazu genügend Profit aus der westdeutschen Arbeiterklasse gepresst wird. Hierzu dient die Ingenieurwissenschaftliche Förderung der DFG. Im Tätigkeitsbericht von 1976 heißt es dazu: "Die Erhaltung eines hohen Beschäftigungsstandes ... hängt davon ab, ob sich die Industrie erzeuge der Bundesrepublik im internationalen Wettbewerb technisch und wirtschaftlich gegen-

über den Leistungen der konkurrierenden Industrienationen behaupten können. ... Die Hochschule sollte in der Lage sein, ... die Grundlagen zu erarbeiten, auf denen Industrieforschung aufbauen kann." Am Beispiel des Sonderforschungsbereichs "Oberflächentechnik" an der TH Darmstadt kann man diese Absichten gut beurteilen: Mit jährlichen 1,1 Mio DM Förderung werden nicht nur die technischen Neuerungen der Materialprüfungsanstalt, sondern gleich noch Rationalisierungsforschung von Professor Rohmert (siehe Artikel dazu in dieser Broschüre) unterhalten.

ARBEITSWISSENSCHAFT:

Hinlangen, greifen, drehen, drücken...



An der TH gibt es ein Institut für Arbeitswissenschaft. So nennt die Bourgeoisie die Kunst des Schweißauspressens. In dieser Kunst hat sich Professor Walter Rohmert internationale Anerkennung erworben, so daß ihn die britische Gesellschaft für Anthropologie dafür sogar zum Sir ernannt hat. Sir trägt er nun als Adelstitel.

Blitzsauber, gut katholisch und nun auch noch edel! So vornehm liebt die Bourgeoisie ihre eifrigsten Knechte. Sie überschüttet Rohmert mit Angeboten, an andere Universitäten zu kommen. Dort würde er reichlich Personal, Finanzmittel und Räume bekommen. Rohmert ist noch regelmäßig in Darmstadt geblieben, nachdem er großzügige Zusagen gegenüber der Landesregierung durchgesetzt hat.

Mittlerweile verfügt Rohmert über mehr als 20 wiss. Mitarbeiter und ungefähr 15 weitere Mitarbeiter, Arbeiter und Angestellte in Labors, Büro und Werkstätten. Er hat beinahe 3000 m² Büro- und Laborfläche belegt. Nach unserer Schätzung wird das Institut für Arbeitswissenschaft an der TH in der Größe nur durch die Verwaltung und die Material- und Prüfanstalt übertroffen. Das Institut für Arbeitswissenschaft ist in der BRD führend auf dem Gebiet der Rationalisierungs- und Automatisierungsforschung. Das macht die Arbeitswissenschaft zum liebsten Kind der Bourgeoisie. Das macht die Arbeitswissenschaft andererseits so verhaßt bei der Arbeiterklasse und dem Volk.

„Man hat festgestellt, daß der Mensch keine

Ratte ist, sondern innerer Regungen fähig“

Solches sagte Dr. Stier im Rahmen der Lehrveranstaltung "Grundlagen und Methoden der Lohnfindung", die in diesem Semester an der Technischen Hochschule für Maschinenbau und Wirtschaftsingenieurstudenten stattfindet.

Wie kommt Herr Stier zu dieser erstaunlichen Feststellung?

Herr Stier ist bei der Degussa in Frankfurt in der Stabsabteilung "Arbeitswissenschaft" tätig. Ziel seiner Tätigkeit dort ist 'für einen möglichst wirtschaftlichen Arbeitseinsatz zu sorgen, die Mitarbeiter (Arbeiter und Angestellte) zur Leistung anzureizen, damit a) diese mehr verdienen, b) die Gewinne des Unternehmens steigen'.

Aus diesen Gründen interessiert sich Herr Stier im Auftrag der Degussa und mit Billigung des Staates, der ihn Studenten unterrichten läßt, für die inneren Regungen des Menschen, der lohnabhängig tätig ist, weil er sich Aufschlüsse darüber erhofft, wie 'man' diese Menschen zur Leistung anregen kann. Und dieses Problem beschäftigt die Kapitalisten tatsächlich brennend, sehen sie doch keine andere Chance, ihre dringend benötigten Profite in der Weltmarktkonkurrenz zu erschinden, als aus den Knochen der Arbeiter.

Was treibt die Arbeiter nun an, mehr Leistung zu erbringen?

Dazu spult Herr Stier die üblichen bürgerlichen Theorien ab, z.B.:

- Das Motiv des Menschen, seine Umwelt zu erforschen und zu beherrschen; Bedürfnis nach Geselligkeit, damit könnten z.B. einzelne bei Gruppenakkord und Gruppenprämien veranlaßt werden, die Leistung zu steigern, weil sie sich sonst den Ärger der Kollegen auf den Hals holen.

- Die Befriedigung über die gelungene Lösung einer Aufgabe, wobei Leistung als Selbstzweck gesehen wird. Geld ist für solche Leute ein Maßstab, "wieweit es ihnen gelungen ist, bestimmte Aufgaben zu erfüllen. Solche Leute kommen meist aus der Mittelschicht und bringen eine gesunde Risikobereitschaft mit, während Leute aus der Unterschicht mehr auf das Geld sehen."

- Das Sicherheitsmotiv, also z.B. den Arbeitsplatz zu erhalten oder den Lohn. Dies sei eine Frage des Lebensalters oder auch der 'finanziellen Sättigung'. Dieses Motiv begrenzt aber mehr die Leistung, als daß er sie fördert.

- Das Geld- bzw. das Gewinnmotiv: darauf könnte man sich bis heute keinen rechten Reim machen, wie es wirkt! Unzufriedenheit mit dem Geld könnte an geringer Kaufkraft liegen, aber auch an absolut zu niedrigem Lohn. Es gibt ausgesprochen geldgierige Menschen, für die Geld Alles sei, auch wenn sie schon genug davon hätten, vielleicht liege es an mangelnder Zuwendung in der Kindheit. Soweit Herr Stier.

D.h., es geht noch weiter: Herr Stier war nämlich in der Lehrveranstaltung angegriffen worden, daß es die niedrigen Tariflöhne sind, z.B. für einen Arbeiter bei Bosch-Fernseh in Darmstadt in Lohngruppe 6 und Steuerklasse 1 mit 7,99 DM brutto die Stunde und 14%iger Leistungszulage = 1130 DM netto im Monat, die die Arbeiter zu erhöhter Leistung anregen, zu Überstundenarbeit, Schicht- und Akkordarbeit. Stier dagegen hatte den Studenten eine Statistik ausgeteilt vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, in der das Einkommen von "Haushalten" angegeben ist, was bedeutet, daß das Einkommen von Mann und Frau und gegebenenfalls noch Kindern berechnet ist. Ergebnis ist dann, daß es

den Arbeitern hervorragend geht, weil 21% zwischen 1500 und 2000 DM verdienen und 28% zwischen 2000 und 3000 DM.

Man darf bloß nicht meinen, der Kerl sei blöd. Er weiß genau, was Arbeiter verdienen. Gerade deshalb sucht er sein Heil in der Vertuschung von Tatsachen, wenn er von Studenten angegriffen wird. Denn, so hofft er, werden diese Tatsachen vertuscht und kann die bürgerliche Phrase von der Wohlstandsgesellschaft aufrechterhalten werden, dann können diese Studenten, die selbst keine reichen Eltern haben und vom Bafög abhängig sind und in ihrer Mehrzahl auch keinerlei Aussicht geben, selbst Kapitalisten zu werden, vielleicht leichter dafür gewonnen werden, in ihrem späteren Beruf solche Leistungsanreize gegenüber den Arbeitern auszukochen. Das wird ihm mit Sicherheit nicht gelingen, denn die Marxisten-leninisten unter den Studenten können sich auf Tatsachen stützen, und die sind eine scharfe Waffe im Kampf gegen diese gutgeschmierten Lakeien der Kapitalistenklasse!

Einführung in die Profitmaximierung

Regelmäßig hält Prof. Müller-Merbach ("anerkannter" Spezialist für Operations Research) die Vorlesung Einführung in die Betriebswirtschaftslehre (BWL). Gewerbelehrer, Maschinenbaustudenten und Wirtschaftsingenieure müssen in einer Klausur bzw. Vordiplomsprüfung beweisen, daß sie den Vorlesungsstoff gut eingepaukt haben. Aus Rentabilitätsabwägungen gibt der Prof kein Skript heraus, sondern hat stattdessen ein Buch veröffentlicht, in dem seine Vorlesung nachzulesen ist. Durch zweckmäßige Gestaltung der Vorlesung - es ist absolut unmöglich mitzuschreiben - ist dafür gesorgt, daß jeder Student, der die Klausur bestehen will, dieses Buch braucht. Dafür aber hat dieser Professor die "Güte", Hörscheine für sein Buch auszugeben, was den Preis ermäßigt. Deshalb hat der Hochschulbuchhändler Wellnitz eine Namensliste, in der er abhakt, wer von den Hörern Müller-Merbachs das Buch gekauft hat.

Kern der Vorlesung ist "das ökonomische

Prinzip", seine Geltung und seine Anwendung. Er selbst definiert: "dieses allgemeine Prinzip, ein optimales Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag anzustreben, nennt man ökonomisches Prinzip". Dies erscheint richtig, denn selbstverständlich ist es so, daß Menschen anstreben, zweckmäßig und zielstrebig zu handeln. Bloß - die Interessen der Menschen sind nicht gleichartig. Die Beispiele von Müller-Merbach zeigen es. Sehr schnell kommt er zum wesentlichen: "Obwohl in den meisten menschlichen Tätigkeiten irgendwie dieses Prinzip bewußt oder unbewußt enthalten ist, spielt der ökonomische Aspekt gegenüber anderen Aspekten in der privaten menschlichen Sphäre nur eine untergeordnete Rolle. Degegen ist der ökonomische Aspekt bei betrieblichen Problemen vorherrschend. Die folgenden Beispiele mögen das verdeutlichen.
- Ein Fuhrunternehmer wird solche Aufträge übernehmen und die Fahrzeuge so einsetzen, daß mit dem verfügbaren Wagen-

An der TH gibt es ein Institut für Arbeitswissenschaft. So nennt die Bourgeoisie die Kunst des Schweißauspressens. In dieser Kunst hat sich Professor Walter Rohmert internationale Anerkennung erworben, so daß ihn die britische Gesellschaft für Anthropologie dafür sogar zum Sir ernannt hat. Sir trägt er nun als Adelstitel.

Blitzsauber, gut katholisch und nun auch noch edel! So vornehm liebt die Bourgeoisie ihre eifrigsten Knechte. Sie überschüttet Rohmert mit Angeboten, an andere Universitäten zu kommen. Dort würde er reichlich Personal, Finanzmittel und Räume bekommen. Rohmert ist noch regelmäßig in Darmstadt geblieben, nachdem er großzügige Zusagen gegenüber der Landesregierung durchgesetzt hat.

Mittlerweile verfügt Rohmert über mehr als 20 wiss. Mitarbeiter und ungefähr 15 weitere Mitarbeiter, Arbeiter und Angestellte in Labors, Büro und Werkstätten. Er hat beinahe 3000 m² Büro- und Laborfläche belegt. Nach unserer Schätzung wird das Institut für Arbeitswissenschaft an der TH in der Größe nur durch die Verwaltung und die Material- und Prüfanstalt übertroffen. Das Institut für Arbeitswissenschaft ist in der BRD führend auf dem Gebiet der Rationalisierungs- und Automatisierungsforschung. Das macht die Arbeitswissenschaft zum liebsten Kind der Bourgeoisie. Das macht die Arbeitswissenschaft andererseits so verhaßt bei der Arbeiterklasse und dem Volk.

„Man hat festgestellt, daß der Mensch keine

Ratte ist, sondern innerer Regungen fähig“

Solches sagte Dr. Stier im Rahmen der Lehrveranstaltung "Grundlagen und Methoden der Lohnfindung", die in diesem Semester an der Technischen Hochschule für Maschinenbau und Wirtschaftsingenieurstudenten stattfindet.

Wie kommt Herr Stier zu dieser erstaunlichen Feststellung?

Herr Stier ist bei der Degussa in Frankfurt in der Stabsabteilung "Arbeitswissenschaft" tätig. Ziel seiner Tätigkeit dort ist 'für einen möglichst wirtschaftlichen Arbeitseinsatz zu sorgen, die Mitarbeiter (Arbeiter und Angestellte) zur Leistung anzureizen, damit a) diese mehr verdienen, b) die Gewinne des Unternehmens steigen'.

Aus diesen Gründen interessiert sich Herr Stier im Auftrag der Degussa und mit Billigung des Staates, der ihn Studenten unterrichten läßt, für die inneren Regungen des Menschen, der lohnabhängig tätig ist, weil er sich Aufschlüsse darüber erhofft, wie 'man' diese Menschen zur Leistung anregen kann. Und dieses Problem beschäftigt die Kapitalisten tatsächlich brennend, sehen sie doch keine andere Chance, ihre dringend benötigten Profite in der Weltmarktkonkurrenz zu erschinden, als aus den Knochen der Arbeiter.

Was treibt die Arbeiter nun an, mehr Leistung zu erbringen?

Dazu spult Herr Stier die üblichen bürgerlichen Theorien ab, z.B.:

- Das Motiv des Menschen, seine Umwelt zu erforschen und zu beherrschen; Bedürfnis nach Geselligkeit, damit könnten z.B. einzelne bei Gruppenakkord und Gruppenprämien veranlaßt werden, die Leistung zu steigern, weil sie sich sonst den Ärger der Kollegen auf den Hals holen.

- Die Befriedigung über die gelungene Lösung einer Aufgabe, wobei Leistung als Selbstzweck gesehen wird. Geld ist für solche Leute ein Maßstab, "wieweit es ihnen gelungen ist, bestimmte Aufgaben zu erfüllen. Solche Leute kommen meist aus der Mittelschicht und bringen eine gesunde Risikobereitschaft mit, während Leute aus der Unterschicht mehr auf das Geld sehen."

- Das Sicherheitsmotiv, also z.B. den Arbeitsplatz zu erhalten oder den Lohn. Dies sei eine Frage des Lebensalters oder auch der 'finanziellen Sättigung'. Dieses Motiv begrenzt aber mehr die Leistung, als daß er sie fördert.

- Das Geld- bzw. das Gewinnmotiv: darauf könnte man sich bis heute keinen rechten Reim machen, wie es wirkt! Unzufriedenheit mit dem Geld könnte an geringer Kaufkraft liegen, aber auch an absolut zu niedrigem Lohn. Es gäbe ausgesprochen geldgierige Menschen, für die Geld Alles sei, auch wenn sie schon genug davon hätten, vielleicht liege es an mangelnder Zuwendung in der Kindheit. Soweit Herr Stier.

D.h., es geht noch weiter:
Herr Stier war nämlich in der Lehrveranstaltung angegriffen worden, daß es die niedrigen Tariftlöhne sind,
z.B. für einen Arbeiter bei Bosch-Fernseh in Darmstadt in Lohngruppe 6 und Steuerklasse 1 mit 7,99 DM brutto die Stunde und 14%iger Leistungszulage = 1130 DM netto im Monat, die die Arbeiter zu erhöhter Leistung anregen, zu Überstundenarbeit, Schicht- und Akkordarbeit. Stier dagegen hatte den Studenten eine Statistik ausgeteilt vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, in der das Einkommen von "Haushalten" angegeben ist, was bedeutet, daß das Einkommen von Mann und Frau und gegebenenfalls noch Kindern berechnet ist. Ergebnis ist dann, daß es

den Arbeitern hervorragend geht, weil 21% zwischen 1500 und 2000 DM verdienen und 28% zwischen 2000 und 3000 DM.

Man darf bloß nicht meinen, der Kerl sei blöd. Er weiß genau, was Arbeiter verdienen. Gerade deshalb sucht er sein Heil in der Vertuschung von Tatsachen, wenn er von Studenten angegriffen wird. Denn, so hofft er, werden diese Tatsachen vertuscht und kann die bürgerliche Phrase von der Wohlstandsgesellschaft aufrechterhalten werden, dann können diese Studenten, die selbst keine reichen Eltern haben und vom Bafög abhängig sind und in ihrer Mehrzahl auch keinerlei Aussicht haben, selbst Kapitalisten zu werden, vielleicht leichter dafür gewonnen werden, in ihrem späteren Beruf solche Leistungsanreize gegenüber den Arbeitern auszukochen. Das wird ihm mit Sicherheit nicht gelingen, denn die Marxisten-leninisten unter den Studenten können sich auf Tatsachen stützen, und die sind eine scharfe Waffe im Kampf gegen diese gutgeschmierten Lakeien der Kapitalistenklasse!

Einführung in die Profitmaximierung

Regelmäßig hält Prof. Müller-Merbach ("anerkannter" Spezialist für Operations Research) die Vorlesung Einführung in die Betriebswirtschaftslehre (BWL). Gewerbelehrer, Maschinenbaustudenten und Wirtschaftsingenieure müssen in einer Klausur bzw. Vordiplomsprüfung beweisen, daß sie den Vorlesungsstoff gut eingepaukt haben. Aus Rentabilitätsbewertungen gibt der Prof kein Skript heraus, sondern hat stattdessen ein Buch veröffentlicht, in dem seine Vorlesung nachzulesen ist. Durch zweckmäßige Gestaltung der Vorlesung - es ist absolut unmöglich mitzuschreiben - ist dafür gesorgt, daß jeder Student, der die Klausur bestehen will, dieses Buch braucht. Dafür aber hat dieser Professor die "Güte", Hörerscheine für sein Buch auszugeben, was den Preis ermäßigt. Deshalb hat der Hochschulbuchhändler Wellnitz eine Namensliste, in der er abhakt, wer von den Hörern Müller-Merbachs das Buch gekauft hat.

Kern der Vorlesung ist "das ökonomische

Prinzip", seine Geltung und seine Anwendung. Er selbst definiert: "dieses allgemeine Prinzip, ein optimales Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag anzustreben, nennt man ökonomisches Prinzip". Dies erscheint richtig, denn selbstverständlich ist es so, daß Menschen anstreben, zweckmäßig und zielstrebig zu handeln. Bloß - die Interessen der Menschen sind nicht gleichartig. Die Beispiele von Müller-Merbach zeigen es. Sehr schnell kommt er zum wesentlichen: "Obwohl in den meisten menschlichen Tätigkeiten irgendwie dieses Prinzip bewußt oder unbewußt enthalten ist, spielt der ökonomische Aspekt gegenüber anderen Aspekten in der privaten menschlichen Sphäre nur eine untergeordnete Rolle. Degegen ist der ökonomische Aspekt bei betrieblichen Problemen vorherrschend. Die folgenden Beispiele mögen das verdeutlichen.
- Ein Fuhrunternehmer wird solche Aufträge übernehmen und die Fahrzeuge so einsetzen, daß mit dem verfügbaren Wagen-

bestand ein maximaler Ertrag erzielt wird.

- Eine industrielle Unternehmung wird ihre durch den Maschinenpark und die Mitarbeiter gegebene Fertigungskapazität so einsetzen, daß - je nach angestrebtem Ziel - ein Maximum an Gewinn, Überschuß etc. erreicht wird."

Dies ist das angestrebte Ziel. Nicht umsonst hat er zur Formulierung des ökonomischen Prinzips die Begriffe "Aufwand" und "Ertrag" verwendet, mit denen in der BWL der Kapitaleinsatz und der Profit bezeichnet wird.

"Das ökonomische Handeln wird dadurch bestimmt, daß der Input (die einzusetzenden Mittel) und der Output (die sich ergebenden Erträge) so aufeinander abgestimmt werden, daß der durch sie definierte ökonomische Prozeß optimiert wird." Das Verhältnis zwischen "Aufwand und Ertrag", sprich zwischen eingesetztem Kapital und Profit, soll optimiert werden. "Alles für Höchstprofit und maximale Profitrate" das ist die Devise von Müller-Merbachs Optimierung.

"Bei der betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise stehen die ökonomischen Aspekte im Vordergrund, ohne daß dadurch die anderen Aspekte an Bedeutung verlieren. Der spezifisch ökonomische Aspekt einer Entscheidung ist im söge. 'ökonomischen Prinzip' definiert..."

Die Betriebswirtschaft ist die Wissenschaft von der Erzielung des Höchstprofits und der Maximierung der Profitrate. Keineswegs führt aber die allgemeine Anwendung des ökonomischen Prinzips im Kapitalismus zu den gewünschten Resultaten. Gemäß dem ökonomischen Prinzip führt ein Kapitalist in seinen Betrieb Maschinen ein und wirft Arbeiter heraus, um den Aufwand zu senken, den Ertrag und die Produktionsleistung zu steigern. Handelt er als erster, kann er tatsächlich eine Zeit lang mehr Profit einstecken. Aber sehr bald ziehen die anderen Kapitalisten die Konkurrenz nach, weil sie ebenfalls nach Höchstprofit streben. Auf der einen Seite fliegen Arbeiter heraus, auf der anderen Seite steigt die Warenmenge. Das kann nicht gut gehen. Die Kapitalisten können die Waren nicht mehr mit Profit verkaufen, weil die Arbeiter und Arbeitslosen sie sich von ihrem Lohn oder Arbeitslosengeld nicht kaufen können. Die Profite sinken, die Produktion wird eingeschränkt, Arbeiter fliegen raus. Die Steigerung der Produktivkraft führt nicht etwa zu einer Verbesserung der Lebensstandards sondern zur Arbeitslosigkeit und zur Verelendung.

Das geht solange, bis so viel Fabriken stillgelegt und soviel Kapital vernichtet wurde, daß der Rest sich wieder profitabel

verwerten kann.

Die Anwendung des ökonomischen Prinzips durch die Kapitalisten führt also zu nichts anderem als ungeheurer Verschwendung der Produktivkraft; 1 Million Arbeiter die arbeitslos sind, während gleichzeitig die Maschinen an denen sie produzieren könnten verrotten und verschrotet werden.

Vom Gesichtspunkt der Profitmaximierung gesehen, geht das nicht anders. Vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus sehr wohl. Das einzige, was eine planmäßig an den Bedürfnissen ausgerichtete Produktion verhindert ist das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Nur dadurch wird die 1 Million Arbeitslose von den stillstehenden Maschinen getrennt. Um das zu ändern, muß die Arbeiterklasse die politische Macht ergreifen und das Privateigentum an den Produktionsmitteln beseitigen.

Zurück zu Müller-Merbach. Die Studenten sollen sich auf den Standpunkt der Kapitalisten stellen, sich den Kopf der Kapitalisten zerbrechen, wie größtmögliche Profite zu erzielen sind. Das sollen sie in dieser Vorlesung lernen.

Bei Wirtschaftsingenieuren und Ingenieuren ist der Grund offensichtlich: Die Kapitalistenklasse ist zahlenmäßig viel zu klein und auch zu verkommen, um auch nur ihre Profitproduktion organisieren zu können. Sie braucht dazu ein ständig wachsendes Heer von Antreiberern und Unterdrückern, die bereit und in der Lage sind, die Produktion so zu organisieren, daß ein möglichst hoher Profit herauspringt. Fragen der Nützlichkeit spielen dabei genauso eine untergeordnete Rolle, wie auch die Vergeudung von Arbeiterleben höchstens auftaucht als Invaliditätsrenten und Ausfallzeiten infolge Krankheit und Unfall. Im Kraftwerk der THD sind z.B. alte Maschinen in Betrieb, die einen furchtbaren Lärm machen. Arbeitet ein Arbeiter viele Jahre dort, so muß die TH Zahlungen leisten wegen berufsbedingter Schwerhörigkeit. Deshalb werden dort jetzt regelmäßige Gehörprüfungen durchgeführt, um die Arbeiter wegzusetzen zu können, bevor wegen der Schwerhörigkeit Geld bezahlt werden muß.

Bei den Lehrern ist es genauso wichtig, daß sie sich auf den Standpunkt der Kapitalistenklasse stellen. Schließlich geht es in der Schule nicht nur darum, die Schüler zu unterdrücken und Konkurrenz unter ihnen zu entfachen, sondern auch der Arbeiterjugend beizubiegen, die Jagd der Kapitalisten nach Höchstprofit sei gerechtfertigt und in ihrem eigenen Interesse (Arbeitsplätze etc.).

Die Studenten darauf auszurichten, dazu dient die Vorlesung. Einzig durch Zwang

können die Studenten dazu gebracht werden, sich diese Wissenschaft anzueignen und das Vorgekaute nahezu wörtlich in der Klausur wiederzugeben.

Trotz dieses Zwangs entfaltet sich spontaner Widerstand gegen das Einpauken. Anstatt zuzuhören wenden sich die Studenten während der Vorlesung lieber nützlicheren Tätigkeiten zu, sie machen Aufgaben für andere Lehrveranstaltungen oder üben sich in der Konstruktion und Erprobung von Papierfliegern, wobei gewöhnlich der Professor als Ziel dient.

Gelderverschwendung Vetternwirtschaft Korruption

Am Beispiel der Universität Heidelberg



"Nein, von Korruption ist mir nie etwas zu Ohren gekommen!"

erhältlich:
an den
Büchertischen
der KHG

"Fachautoritäten" sollen den Widerstand gegen die Mülldeponie zersetzen

Etwa 7 km östlich vom Stadtrand Darmstadt liegt die Grube Messel, wo früher Braunkohle und brennbarer Ölschiefer abgebaut wurde. Dieses gigantische Loch von 17 Mio m³ soll jetzt mit Müll gefüllt werden. Die Landesregierung plant hier die größte Mülldeponie Europas. Ihr großangelegtes Müllprogramm hat sie mit den Abfallbeseitigungsgesetzen und Regionalordnungsplänen seit 8 Jahren zielstrebig vorbereitet. Gefordert und beschleunigt wurde dieses Riesenprojekt von den Monopolkapitalisten wie Hoechst und Merck, denen die Müllbeseitigung in eigenen Anlagen oder auf vielen kleinen Müllkippen zu teuer und profitschmälernd ist. Der Staat greift den Kapitalisten nun helfend unter die Arme. Wie das aussieht, hat die Arbeiterklasse und das Volk am Beispiel Flörsheim-Wicker oder Malsch schon zu spüren bekommen. Es hat natürlich Widerstand gegeben, Deponiezugänge wurden durch das Volk gesperrt und eben das droht der Bourgeoisie auch in Messel. Um diesen Widerstand von vorneherein zu verunsichern und zu zersetzen, wurden "Fachautoritäten" wie Professor Wolters von der TH Darmstadt herangezogen.

Professor Wolters vom Fachbereich 13 an der THD verstand es im letzten Jahr, sich oft ins Gerede und in die Zeitung zu bringen. Vor 50 Journalisten aus dem ganzen Bundesgebiet und einer erlauchten Versammlung Darmstädter und Dieburger Kommunalpolitiker erklärte Prof. Dr. Nor-

bert Wolters die geplante Einrichtung einer Mülldeponie in der Grube Messel aus höchst wissenschaftlichen Erwägungen für absolut unbedenklich.

Wolters hatte sich nicht selbst aufgedrängt. Er war gerufen worden. Stadtrat Glas (FDP) und Ex-Landrat Klein (SPD) brauchten dringend ein wissenschaftliches Mäntelchen für ihr Projekt "Mülldeponie Messel". Solch eine Großdeponie bedeutet bekanntlich Grundwasserverseuchung, Gestank und alle 2 Minuten einen Schwerlastler durch Messel. Wolters wurde gerufen, um die "lästige" Sache mit der Wasserverseuchung aus der Welt zu schaffen. Die Geologen haben das Grundgestein schon lange untersucht und herausgefunden, daß sich ein tiefer Riß durch es hindurchzieht. Durch diesen Riß kann das Regen- und Bachwasser, das die Giftstoffe aus dem Müll auswäscht, jederzeit in das Grundwasser fließen, wenn es nicht von darüber lagerndem Ölschiefer zurückgehalten wird. Auf die "wasserisolierende Wirkung des Ölschiefers" gründen sich alle Aussagen der bürgerlichen Wissenschaftler über die "Dichtigkeit der Grube". Die Ölschieferschicht ist jedoch vom Bergbau ramponiert und verwittert. Außerdem ist der Ölschiefer selbstentzündlich. Brände und Verwitterung in Verbindung mit dem Müll können den Ölschiefer schnell wasserführig machen, wenn er das nicht schon heute ist.

Den Herrn Prof. Wolters kümmert das we-

Fortsetzung übernächste Seite



INDUSTRIEABFALLBESEITIGUNG AUF SOZIALDEMOKRATISCH

Am Fachbereich 2 (Gesellschaftswissenschaften) führt der

Dozent LAVIES ein Seminar durch mit dem Titel: "Umweltschutz und Lebensqualität - am Beispiel Abfallbeseitigung".

Lavies ist nicht nur Politologe, er ist auch Politiker. Er gibt also nicht nur Ratschläge, er lässt sie auch gleich ausführen. Und dabei ist er kein unbeschriebenes Blatt.

Er ist SPD-Funktionär auf Kreisebene und in dieser Eigenschaft mit der Abfallbeseitigung befaßt: Er sitzt im "Zweckverband Abfallbeseitigung Grube Messel".

ein staatliches Exekutivorgan, dessen Aufgabe es ist, den Widerstand der Messeler gegen die Einrichtung der Deponie zu brechen.

Messel ist ein Dorf, in dem vornehmlich Arbeiter aus Darmstädter und Langener

Betrieben wohnen. Am Arbeitsplatz machen sie die Erfahrung, daß in den letzten Jahren bei sinkendem Lohn mehr Leistung aus ihnen herausgepresst wurde. Jetzt sollen sie zum Feierabend noch die Produktionsabfälle vor die Haustür gekippt kriegen, da die Grube Messel zur "Hausmülldeponie" werden soll.

Die Messeler befürchten Grundwasserverseuchung, Luftverpestung und zunehmenden Verkehrslärm. Und da diese Befürchtungen realistisch sind, haben sie sich in einer Bürgerinitiative zusammengeschlossen. Lavies und seine Auftraggeber führen seit langem einen öffentlichen Feldzug für die Deponie und bezeichnen die Messeler als Fortschrittsfeinde.

Ihre Mittel sind: Hetze in der Presse, Verteilen kostenloser Broschüren und Verbot von Publikationen der BI. Für 10 Mill. DM haben sie die angeblich wertlose Grube der Firma Ytong abgekauft und wollen im Verwaltungakt eines Planfeststellungsverfahrens die Deponie bauen.

Für die Kapitalisten ist die Beseitigung von Abfall eine Frage der Kosten - genauso wie der Arbeitslohn, Rohstoff- und Energiekosten - und damit eine Frage des Profits. Die billige Beseitigung von Abfall ist einer der Faktoren, die über Vordringen oder Rückschläge des westdeutschen Monopolkapitals auf dem Weltmarkt entscheiden. Die kleinen Gemeindekippen, die Abfallhalden auf dem Betriebsgelände reichen für die hochkonzentrierte Industrie in diesem Land nicht mehr aus, um die riesigen Abfallmengen regelmäßig und billig loszuwerden. Zuerst bedienten sich die Kapitalisten kleinerer Privatfirmen, wie z.B. Plau- mann, die Industiemüll heimlich oder offiziell geduldet in die Landschaft kippten. Als immer mehr dieser Firmen

aufflogen, trat der Staat den Kapitalisten hilfreich zur Seite. Nach dem Bundesabfallbeseitigungsgesetz von 1971 übernehmen der Staat oder von ihm beauftragte Privatfirmen die Abfallbeseitigung in großem Stil. Das Gesetz legt fest, daß die Abfallbeseitigung auf Landesebene organisiert wird. Der Müll aus mehreren Landkreisen soll auf Zentraldeponien abgeladen werden, die vornehmlich in Mineralgewinnungsbetrieben angelegt werden sollen.

Die Arbeiterklasse und das Volk haben bereits Erfahrungen mit solchen offiziellen Kippen und dem Vorgehen des Staatsapparates gemacht. In Malsch bei Wiesloch wurde eine Deponie in einer ehemaligen Kiesgrube angelegt, die inmitten von Wald und Weinbergen gelegen ist. Der angeblich völlig unschädliche Müll führte zum Absterben des Waldes und zu schweren Gesundheitsschäden bei den Weinbauern. Als Bitten und Proteste nichts halfen, haben die Bauern die Eingänge der Deponie mit ihren Traktoren solange versperrt, bis sie geschlossen wurde.



In Flörsheim-Wickers wurden die Proteste gegen die Errichtung einer Deponie damit beruhigt, daß man hier keinen Industiemüll, sondern nur Hausmüll abzulagern gedenke. Das Abfallbeseitigungsgesetz erlaubt jedoch unter Geheimhaltung auch hier Sondermüll abzulagern, wenn die Behörden Ausnahmegenehmigungen erteilen. Die Landesbehörden waren den Kapitalisten vehilflich, für Sondermüll die Vorbehandlungskosten zu sparen (180 DM/t) und stuften ihn als Hausmüll ein (2DM/t): All diese Erfahrungen sprechen dagegen, daß die Messeler diese Zentralmülldeponie dulden werden. Nicht ihrer Interessen sind fortschrittsfeindlich, sondern: die kapitalistische Produktionsweise ist nicht fähig, irgendein Problem der Produktion anders als unter Profitgesichtspunkten zu betrachten. Technisch sind z.B. eine ganze Reihe von Recycling-Methoden durchführbar, die Produktionsverhältnisse (das private

Eigentum an Produktionsmitteln] sind aber so rückständig, daß sie diese nicht zulassen.

Mehr noch. Die kapitalistische Produktion zerstört die wichtigsten Produktivkräfte, den Menschen und die Natur. Aber wozu hat denn die Bourgeoisie ihre Hochschulen, wenn nicht dafür, diesen Raubzug als fortschrittlich zu verkaufen;

oder wenigstens so, daß es "technisch" keine andere Lösung gäbe?! Lavies ist einer, der aktiv und gut geschmiert dafür arbeitet, daß für die westdeutschen Kapitalisten die Konkurrenzbedingungen weiterhin günstig bleiben. Dazu dient der Zweckverband und dazu dient auch die imperialistische Wissenschaft, die er an den Mann bringen will.

"Fachautoritäten" sollen...

(Fortsetzung)

nig. Er ist Bauingenieur und braucht sich deshalb mit Geologie nicht zu befassen, weshalb ihn das alles gar nicht stört.

Er hat eine rein bauingenieurwissenschaftliche Patentlösung gefunden, in den Labors der THD:

Regen- und Bachwasser, welches auf seinem Weg zu Grubensohle Giftstoffe mitnimmt, soll am tiefsten Punkt der Grube abgepumpt, am Grubenrand nach institutinternen Verfahren gereinigt und abschließend der nahen Baustofffirma YTONG zur Verfügung gestellt werden.

Kostenlos versteht sich. Die YTONG-Kapitalisten haben sich an der Grube gesundgestoßen. Für 10 Mio DM haben sie das Gelände an den Kreis verkauft und erhalten nun das Wasser kostenlos weiter. Im Wolterschen Gutachten kann man nachlesen daß er bei allen Wasserreinigungsuntersuchungen von der von den YTON-Kapitalisten geforderten Wasserqualität ausgegangen ist. Und hier liegt der eigentliche

praktische Zweck des Gutachtens von Wolters, nicht in der Verhinderung von Grundwasserverseuchung, sondern in der Sicherung von kostenlosem Wasser für die YTON-Kapitalisten.

Das hindert einen Teil des Giftwassers natürlich nicht, durch den Gesteinsriß in der Grube ins Grundwasser zu fließen. Damit beschäftigt sich nun der nächste Lehrstuhl: Bassler - "Ermittlung des Sickerwasseranfalls bei Mülldeponien", dies natürlich ganz allgemein, was Wolters nicht bekümmert.

Umso mehr kümmern sich Wolters, Klein und Glas aber um die eigene Karriere. SPD-Klein ist für seine Bemühungen schon mit einem lukrativen Bundestagsmandat bedacht worden und auch Wolters will noch hoch hinaus.

Die Messeler Bevölkerung wird sich durch die bürgerliche Wissenschaft nicht hinter Licht führen lassen und weiterhin fordern: "Keine Mülldeponie in Messel"!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) - Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager

Die Kommunistische Volkszeitung erscheint wöchentlich, 0,50 DM

Die Kommunistische Volkszeitung berichtet über die Taten der bürgerlichen Parteien und Regierungen; über Politik und Absichten der Kapitalistenklasse, über die Gaunereien ihrer Abkömmlinge. Sie vermittelt die Erfahrungen der Proteste und Kämpfe, die in allen Bereichen der Gesellschaft gären oder offen ausbrechen - und die die bürgerliche Presse verschweigt oder entstellt, weil sie selbst dem Profit verbunden ist. Sie stellt den Befreiungskampf der Völker und die Manöver der Imperialisten dar. Sie ist keine Zeitung für die Angehörigen der besitzenden Klassen, sondern für die Angehörigen der besitzlosen Klassen, denen diese Gesellschaft keine Zukunft bietet. Sie untersucht im Tagesgeschehen die gegensätzlichen Interessen und stellt sich die Aufgabe, den selbständigen Standpunkt der Arbeiterklasse zu entwickeln und zu fördern.

Friedrich Engels

Anti-Dühring

Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft

Eugen Dühring war Privatdozent in Berlin. Seit Ende der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts trat er als Verteidiger eines kleinbürgerlichen, unwissenschaftlichen Sozialismus auf. Als er immer mehr Anhänger gewann und sein Einfluß sich ausdehnte, entschloß sich Engels zu einer ausführlichen Entgegnung. Engels arbeitete an dem „Anti-Dühring“ fast zwei Jahre: von Ende 1876 bis Juli 1878. Die Arbeit erschien als Artikelserie im „Vorwärts“, dem Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei. Als Broschüre erlebte sie mehrere Auflagen, und das auch dann noch, als Eugen Dührings Lehre längst vergessen war. Engels schreibt darüber: „Das hier kritisierte ‚System‘ des Herrn Dühring verbreitet sich über ein sehr ausgedehntes theoretisches Gebiet; ich war genötigt, ihm überallhin zu folgen und seinen Auffassungen die meinigen entgegenzusetzen. Die negative Kritik wurde damit positiv; die Polemik schlug um in eine mehr oder minder zusammenhängende Darstellung der von Marx und mir vertretenen dialektischen Methode und kommunistischen Weltanschauung, und dies auf einer ziemlich umfassenden Reihe von Gebieten.“ (Vorwort zur 2. Auflage)

Jugendstil und Atombomben

Im Anschluß an Böhmes Festvortrag auf der 100-Jahr-Feier werden Ehrenwürden verliehen. Eine Auswahl solcher Würdenträger - Ehrensenatoren - beleuchtet die intensive Verbindung von Kapital und bürgerlicher Wissenschaft. (Die Angaben stammen aus Who's who in Germany.)

Walther A. Bösenberg, Generaldirektor der IBM-Deutschland, Dr. Adam Hüfner, Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Darmstadt, Otto Röhm, Fabrikant, Rolf P. Staelin, Leiter der Verkaufsabteilung der Daimler-Benz AG, Kurt Christian Zinnkann, Miteigentümer der Miele & Co KG, usw. usw.

Ehre wem Ehre gebührt. Auf jeden Fall - wer von der Hochschule geehrt wird, muß schon einige Verbrechen auf der Seite der Imperialisten begangen haben. So Professor Bassler, der bei seiner kürzlichen Emeritierung (Verabschiedung) vom Präsidenten persönlich eine Lobrede bekam. Dieser Professor, den Beschäftigten der TH wohlbekannt als wilder Unterdrücker - 8 Sekretärinnen verschleißt er in einem Jahr - ist führend beteiligt an den verbrecherischen Plänen der BRD-Imperialisten in Ägypten. Die Vernichtung ganzer Landstriche durch einen Salzsee und nukleare Sprengungen, die Vertreibung der Bauernmassen von ihrem Land, die Unterwerfung von Ägypten unter das BRD-Kapital werden die Folgen eines mit Basslers Mitwirkung geplanten Wasserkraft-Großprojekts an der Qattara-Senke sein. In der Hochschulzeitung der TH liest sich das so:

"Mit einem Festkolloquium über Themen des Wasserbaus und der Wasserwirtschaft ehrte das Institut für Wasserbau an der Technischen Hochschule Direktor Prof. Dr. Ing. Bassler anlässlich seiner Emeritierung. ...

International bekannt geworden ist Prof. Bassler durch das von ihm initiierte Wasserkraft-Großprojekt an der Qattara-Senke in Ägypten...

TH-Präsident Helmut Böhme würdigte zu Beginn des Kolloquiums die außerordentlichen wissenschaftlichen Leistungen von Professor Bassler."

Betrachten wir nun genauer, welche Leistungen TH-Präsident Böhme da würdigt.

Die Qattara-Senke, eine natürliche Bodensenke etwa von der Größe Hessens, liegt ca. 200 km südwestlich von Alexandria. Ihr tiefster Punkt liegt 132 m unter dem Meeresspiegel, 2/3 ihrer Fläche liegen 60 m unter dem Meeresspiegel.

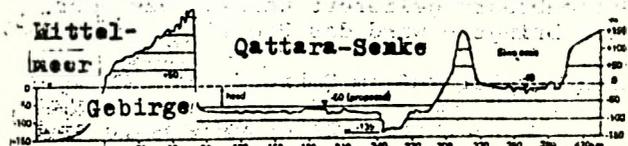
Vom Mittelmeer wird die Senke durch einen ca. 75 km breiten und zwischen 50 - 200 m hohen Gebirgszug getrennt. Dieser Gebirgszug soll mit einem Kanal durch-

stoßen werden. Innerhalb von 10 Jahren soll dann die Senke bis 60 m unter den Meeresspiegel mit Mittelmeerwasser gefüllt sein. Die durch den Höhenunterschied freiwerdende Energie soll in Elektrizität umgewandelt werden. In der Folge läuft dann durch die natürliche Verdunstung ständig Wasser nach - ein Sonnenkraftwerk also. Pro Sekunde verdunsten ca. 685 m³ Wasser, dabei bleiben etwa 24-Tonnen Salz zurück. Nach 50-60 Jahren findet kaum noch Verdunstung statt, da die Salzlauge fast gesättigt ist und sich an der Oberfläche eine Salzhaut bildet. Die Anlage ist dann unbrauchbar - im Salz erstickt.

Die elektrische Leistung soll in den ersten 10 Jahren ca. 630 MW betragen, danach nur noch 350 MW. Zum Vergleich: Das KKW-Biblis(B) hat 1300 MW Leistung.

1974 wurde vom ägyptischen Außenminister Ismail Fachmi und dem westdeutschen Außenminister H.-D. Gescher ein Abkommen unterzeichnet, das die gemeinsame Überprüfung des Projektes gewährleisten soll. Über 37 Mill. DM hat die Bundesregierung bereits in diese Voruntersuchungen reinvestiert. Mehrere westdeutsche Firmen sind führend an der Untersuchung beteiligt.

Für Ägypten hat das Projekt keinen Nutzen. Der Energieverbrauch Ägyptens ist mit 1600 MW (1975) relativ gering. Die Zuwachsrate liegt nach Schätzungen der OPEC bei 6 - 7 %. Allein der Assuan-Staudamm hat eine Kapazität von 2000 MW, zur Zeit laufen von 14 Turbinen nur 2.



Höhenprofil der Qattara-Senke



Woran es fehlt, sind nicht neue Energiequellen, sondern Leitungsnetze, die die reichlich vorhandene Energie im Land verteilen. Für die Imperialisten ist dieses Projekt dagegen sehr brauchbar. Für die Baukosten von ca. 3 Mrd. DM wird Ägypten Kredite aufnehmen müssen, die das Land in die Abhängigkeit der Imperialisten bringen. Zu

dem Kapitalexport in Form von Krediten gesellt sich nach erfolgtem Bau Kapital-export in Form von Fabriken, für die mit diesem Projekt die energietechnischen Voraussetzungen geschaffen werden. Das Geld dafür wird aus den Knochen der westdeutschen Arbeiter herausgepreßt. Dann sollen die ägyptischen Arbeiter, deren durchschnittlicher Tagesverdienst bei 8 DM liegt, als Konkurrenz- und

die Bevölkerung evakuiert werden, wobei allerdings die Bevölkerung einem "Minimum an Radioaktivität ausgesetzt" werde. Außerdem käme es auf die Windrichtung an. Andere bürgerliche Wissenschaftler schätzen den Evakuierungsradius auf über 350 km, was Kairo einschließen würde. Auf jeden Fall werden durch die Sprengung und die Auffüllung der Senke mit Salzwasser unzählige bäuerliche Existen-



Profil eines Kraters von einer Wasserstoffbombenexplosion

Druckmittel gegen die Löhne der westdeutschen Arbeiter eingesetzt werden. Da wirkt sich günstig für die Imperialisten aus, wenn durch die Sprengung des Kanals zum Qattara-See mit Wasserstoffbomben große Bauernmassen ihren Produktionsmitteln (dem Land) entrissen werden. Die Verwendung von H-Bomben zur Sprengung des Kanals wird von Bassler betrieben, da sonst das Projekt doppelt so teuer und damit unwirtschaftlich für die Imperialisten wäre. Nach Müller-Merbach wäre das ökonomische Prinzip verletzt. (s. Artikel)

Geplant sind 213 H-Bomben, von den USA geliefert und mit einer Sprengkraft von 10000 Hiroshima-Bomben.

Zusammen mit einem Pumpspeicherwerk von SIEMENS - es soll nur Strom für den Sptzenbedarf geliefert werden, was mehr Geld bringt - wird das Projekt profitabel.

Laut Bassler muß im Umkreis von 100 km

zen vernichtet - die freien Lohnarbeiter für die Fabriken, die die Imperialisten dort in der Folge bauen wollen, sind damit vorhanden. Bassler besitzt dann noch die Dreistigkeit, der ägyptischen Regierung vorzumachen, der "Lake Qattara" sei ein künftiges Fischfang- und Touristenparadis und verbessere obendrein noch das Klima in dem umliegenden Regionen. Der Fisch, der in einer Salzbrühe von 20-25% Konzentration leben kann, muß allerdings noch erfunden werden. Und da die Verdunstung nach einigen Jahrzehnten stark abnimmt, dürfte der nach Bassler erblühten Agrikultur ein früher Tod beschieden sein. Nach 50 - 60 Jahren befindet sich in der Qattara-Senke nichts weiter als ein toter Salzsee. 50 Jahre, das mag die Frist sein, die sich die Imperialisten selbst noch ausrechnen bis zu ihrem endgültigen Untergang. Wir werden das unsrige beitragen, um diese Frist zu verkürzen.

Professor Gamm entdeckt die Bescheidenheit

Professor Gamm, mit ca. 6000 DM im Monat bezahlter Reformpädagoge am Fachbereich Erziehungswissenschaften der TH, hat die "Bescheidenheit" wiederentdeckt. Der Club of Rome - ein Klüngel imperialistischer Wissenschaftler - hat festgestellt, daß es mit dem Raubbau an den natürlichen Reichtümern der Erde nicht so weitergehen darf, und gefordert, daß die Menschheit eine neue Gesinnung entwickeln müsse, um die anstehenden Probleme dieser Jahrzehnte zu bewältigen: das rasche Wachstum der Erdbevölkerung, die Erschöpfung von Rohstoffen, die Verschmutzung der Umwelt. Mit technischen

Mitteln ist eine solche neue Gesinnung nicht zu bewerkstelligen, noch nicht - wie schade. Aber dafür hat man Pädagogen wie Gamm.

Parasitär sei die weiße Menschheit, die weiße Minorität in den kapitalistischen Ländern, sagt er in seinem Aufsatz (in: Demokratische Erziehung 3/77), sie hätte einen beispiellosen Lebensstandard vor allem auf Kosten der farbigen Völker. Die Bevölkerung müsse nachdrücklich darüber aufgeklärt werden, auf wessen Rechnung der ungezügelt Konsum in Wahrheit gehe, und daß Millionen Menschen

in der dritten Welt jährlich verhungern oder an chronischer Unterernährung dahinsiechen. Konsumwut beherrsche die Massen, die uns an die Produkte des Marktes gleichsam magnetisch heranziehe (hier will der Herr Professor von Marx abgeschrieben haben!). Trotz des steigenden Konsums fühle man sich "gesellschaftlich elend, erleide Kontaktschwierigkeiten und erfahre Vereinsamungsdruck". "Offenbar ist die Sinnhaftigkeit eines materiell befriedigend entlohnten, im Übrigen aber unter Streß verkommenden Arbeitstages vom Subjekt nicht mehr herzustellen."

Mit dem "materiell befriedigend entlohnt" kann der Professor sich nur selbst meinen, den Elendslohn, den ein Arbeiter nach Tarif für 8 Stunden am Tag erhält, entzieht sich offensichtlich seiner Lehre und Forschung. Unter Arbeitsstreß steht der Herr Professor allerdings gewaltig, mußte er doch voriges Jahr auf Druck der Studenten vom Präsidenten der Hochschule gemahnt werden, seine Pflichtstundenzahl (12 Stunden in der Woche!) auch wirklich abzuhalten.

Zu sehr mit dem nackten Überleben beschäftigt, könne die Bevölkerung der Entwicklungsländer die Welt als ganze nicht reflektieren (=betrachten). Die weiße Menschheit müsse daher ihre sittliche Verpflichtung wahrnehmen.

"Globale Verantwortlichkeit wird als Erziehungsziel in einer Situation formuliert, in der die weiße Menschheit sich die Reichtümer des Erdballs angeeignet hat... Globale Verantwortlichkeit könnte nur heißen, daß die im Überfluß lebenden Minoritäten zu einer radikalen Konsumselbstbeschränkung willens wären und sich dadurch konkret verantwortlich verhielten." Jedoch sei das nicht so leicht, denn das kapitalistische Wirtschaftssystem sei auf die ständige Erweiterung der Produktion angewiesen, und müsse daher einerseits die vorhandenen Bedürfnisse erhalten und andererseits neue wecken.

In der Schule, in der seit jeher humanitäre Prinzipien gelehrt worden seien - laut Gamm - gälte es daher ein mitmenschliches, hilfsbereites und opferfähiges Verhalten so einzuüben, daß es auch später beibehalten würde. (Diese Drohung sieht er dann auch in der Gesamtschule verwirklicht.)

Systemkritisch gibt sich dieser "fortschrittliche Professor", allesamt sollen wir Ausbeuter und Parasiten sein. Gemeinsamkeit mit den Kapitalisten in der Weise, daß die arbeitenden Massen sich

Asche aufs Haupt streuen und radikale Abstriche machen von ihrem Luxusleben.

Die radikalen Abstriche werden schon längst gemacht, nicht freiwillig, sondern durch die Senkung des Reallohns durch die Kapitalistenklasse, durch die Rentenkürzung, durch die Lohnsteuersteigerungen, mit denen das Gehalt und die jährlichen Aufbesserungen des ehrenwerten Professors bezahlt werden. Abstriche kommen auch dadurch zustande, daß dieser Professor in seinen Seminaren die Anschaffung von Büchern z.B. zum Preis von 16.50 DM verlangt, was bei der durchschnittlichen Förderungshöhe im letzten Jahr (ca.375 DM, jetzt weniger) schon 4,4% ausmache.

Die Schüler werden sich für die Gamm'schen Erziehungsmaßnahmen bedanken. Die Ideologie des "Gürtel-enger-Schnallens" kommt direkt aus dem Munde des inzwischen abgemagerten Schleyer und eines Schmidt. Sie pädagogisch verbrämt zu kriegen, besteht in der Arbeiterklasse und dem Volk kein Bedürfnis. Keineswegs die Konsumwut der Massen ist die Ursache der Krisen, sondern die Überproduktion von Kapital, von Maschinen und Waren, auf denen die Kapitalisten sitzenbleiben, weil die Massen zu arm sind, sie zu bezahlen. "Lohnverzicht" schreien die Kapitalisten, "Bescheidenheit" schreit Gamm hinterher, und in der Gesamtschule mit ihrem mörderischen Ausleseprinzip sei diese köstliche Tugend am besten durchzusetzen. Lohnverzicht, damit die Imperialisten besser in ihren Startblöcken hocken bei ihrem Rennen auf die natürlichen Reichtümer und die Arbeitskräfte der Länder der Dritten Welt. Freilich - die Zeiten sind vorbei, wo die Bourgeoisie Reformpädagogen vom Schlage Gamm benötigt hat, um den Volksmassen den Schmus von der Bildungsreform auf das Auge zu drücken; diese Reformen sind inzwischen durchgedrückt. Vom Bereich Pädagogik der TH werden nun Stellen abgezogen. Höchste Zeit, glaubt Gamm, sich mit einer neuen Masche dranzuschmieren, statt "Chancengleichheit" soll's nun die "Bescheidenheit" sein.

Die Schüler verstehen die internationale Solidarität anders; eine beträchtliche Anzahl hat sich im Arbeitskreis "Gewehre für die Jugend von Zimbabwe" zusammengeschlossen. So befreien sie sich von den Nebelschwaden imperialistischer Pädagogen und leisten einen Beitrag für den bewaffneten Kampf der Völker, die ihre Sache in die eigene Hand nehmen und die sich um die "sittliche Verpflichtung" der Kapitalisten einen Dreck scheren.

DER WIDERSPRUCH ZWISCHEN DEN BESITZLOSEN STUDENTEN UND DEM BÜRGERLICHEN STAAT

Kampagne der Fachschaftsvertretung Geologie:

„Bezahlung der Fahrtkosten und Ausrüstungsgegenstände
für/ Exkursionen durch das Institut!“

„Es ist beileibe keine revolutionäre, sondern eine gewerkschaftliche Bewegung, die das voranzukommen versucht... eine Art Tariffähigkeit. Die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) als Widerpart der Bundesregierung in der Auseinandersetzung um mehr Geld für die Ausbildungsförderung: das soll, wie sich die Eingeweihten zuflüstern, am Ende aller Demonstrationen, Boykottversammlungen und Teach-Ins herauskommen.“

Sibylle Krause-Burger heißt die "Eingeweihte", die solches und noch manches andere von sich gibt. Sie schreibt für die "Zeitung für Deutschland" - so nennt sich die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" selber gern, weil "in diesem Titel ... außer der ideellen Zielsetzung auch die beträchtliche Verbreitung ... zum Ausdruck kommt.“

„Und dann gibt es unseren Vorzugspreis für Studierende, wenn Sie unser Blatt im Abonnement bestellen wollen. Das ist unser Beitrag zur Ausbildungsförderung.“

Man sieht, dahinter steckt wirklich "immer ein kluger Kopf". Mit dem ihnen eigenen Klasseninstinkt erkennen die "eingeweihten" FAZ-Redakteure, was auf sie zukommt. Es stimmt: es geht um die "Tariffähigkeit". Und das im gesamten Verbreitungsgebiet der "Zeitung für Deutschland".

Nur entschieden ist die Sache innerhalb der Studentenbewegung selber noch nicht. Die Vollversammlungen an der THD hatten sich zwar alle für einen bundesweiten Streik und gegen das HRG ausgesprochen, das Koalitionsrecht aber ausgeklammert. In den Fachbereichen selber ist das völlig unterschiedlich. Am FB11 stehen die Forderungen nach 100 DM mehr für jeden BAFÖG-Bezieher und Anhebung des Elternfreibetrages auf 1500 DM bereits seit letztem Wintersemester. Im zurückliegenden Sommersemester wurden sie erneut auf einer FB-VV bekräftigt, die FSV wurde beauftragt, auf TH-Vollversammlungen entsprechende Resolutionen einzubringen.

Was ist die Ursache für das hartnäckige

Festhalten der Studenten an diesen Forderungen? "Sicherheit und Status sind Trumpf", würde unsere FAZ-Redakteurin das Das ist aber nicht der Grund. Die Geologiestudenten streben in ihrer Mehrheit nicht nach "Status". Wie sollten sie auch, ist ihnen doch die Funktion ausgebildeter Funktionäre aus der Konfrontation mit solchen Menschen klar, aus ihrem Lohnarbeitsverhältnis heraus, das die meisten von ihnen in den Semesterferien eingegangen sind. Es geht schlicht und ergreifend um die Bezahlung der vernutzten Arbeitskraft im Ausbildungsverhältnis.

Im Ausbildungsverhältnis selber, wo die Tendenz immer mehr in Richtung kostenloser Vernutzung der Arbeitskraft der Studenten geht, liegt die Ursache. Jetzt, mit Beginn des Monats Oktober, geht es für die meisten Geologiestudenten für 10-14 Tage "ins Gelände". Diese Exkursionen sind fester Bestandteil der Ausbildung. Die Studenten sollen lernen, ein größeres Gebiet geologisch zu überblicken. Die Entstehungsgeschichte dieses Gebiets soll nachvollzogen werden können. Sie sollen sich allgemeine Kenntnisse aneignen, damit die imperialistische Bourgeoisie sie später in die Länder der Dritten Welt schicken kann. Dort sollen sie, wie beispielsweise in Zimbabwe, für die Konzerne Rohstofflagerstätten auffinden können, und das auf größtem Raum.

Ausbildung zum Geologen bedeutet aber auch ideologische Einstimmung auf die Übernahme solcher Kapitalfunktionen im Verlauf dieser Ausbildung. Die geschieht sehr subtil und mal eben so nebenbei: "Sie dürfen nicht den Fehler machen, zu denken, später als Geologe würde es genügen, nur das zu wissen, was wir Ihnen beibringen. Heute muß ein Geologe auch kaufmännische Fähigkeiten besitzen?" - sprach Prof. Solle, und brachte die Sache genau auf den Punkt.

Rechnen und jeden Pfennig umdrehen, das müssen die Geologiestudenten schon jetzt, besonders vor den Exkursionen. Nicht genur damit, daß in den Semestern einige

Klausurhürden übersprungen werden müssen, um die "Voraussetzungen" für das Mitfahren zu erfüllen. Wesentliche Voraussetzung und entscheidende Hürde ist, daß sie die für diese Lehrveranstaltung unbedingt notwendigen Ausrüstungsgegenstände selber bezahlen.

Spätestens zu dieser Exkursion werden diese Anschaffungen notwendig. Es geht langsam in Richtung Vordiplom, und da braucht man das alles zusammen. Dann kann man sich nicht mehr mal eben die Lupe seines Nebenmannes ausleihen, dann muß man "selbständig wissenschaftlich arbeiten".

Jeder braucht einen Geologenhammer - den müsst ihr euch kaufen" sagt das Institut - 35 DM für jeden Studenten !
Jeder braucht festes Schuhwerk - 120DM !
Jeder braucht Regenzeug - 20DM !
Jeder braucht eine Lupe - 18DM !
Jeder bräuchte einen Kompass, aber fast keiner hat ihn - 250 DM !

Unter den Studenten, die aufs BAFÖG angewiesen sind, etwa 30% der Studenten, und unter denen, die deswegen nichts bekommen, weil der Verdienst der Eltern "zu hoch" ist, gibt es Unmut.

Das einzige, was das Institut zu den Kosten dieser Ausbildung beisteuert, sind die Fahrtkosten. Das ist auch das wenigste. Ausrüstung, Unterbringung (ca. 100 DM), Verpflegung, Lernmaterial - alles sollen die Studenten bezahlen. Als Ende des letzten Semesters auch noch der Fahrtkostenzuschuß gestrichen werden

sollte, kam das Faß zum Überlaufen. Die Studenten sind zum obersten Haushaltschef gezogen und haben ihm erklärt, was Sache ist.

In dieser Situation, wo die Studenten gegenüber der Hochschule ganz gut dastehen, ist es genau richtig, daß die FSV des FB's eine Kampagne macht gegen die maßlose Verlängerung des Ausbildungstages auf solchen Exkursionen weit über acht Stunden hinaus und für die Bezahlung der Ausrüstungsgegenstände durch das Institut. Die FSV erstellt ein Info, wo der Zweck dieser Kampagne erläutert werden soll. Zweck ist es, daß die Kosten der Ausbildung vom Ausbilder, dem bürgerlichen Staat, selber bezahlt werden am entscheidendsten Reibungspunkt, den Exkursionen. Die Studenten wollen alle Quittungen aufheben und nach der Exkursion gemeinsam dem Dekan übergeben mit der Aufforderung, sie vom Institut begleichen zu lassen.

Das wird dem Kampf um das Koalitionsrecht und gegen das BAFÖG eine solide Grundlage geben. Das wird die Fachschaftsgruppe stärken, die im letzten Semester als eine Koalition der Studenten gebildet wurde und die für gewerkschaftliche und politische Rechte für die Studenten eintritt. Also "belleibe keine revolutionäre Bewegung (FAZ)?"

Es ist revolutionär, denn es geht um die Rechte von Lohnabhängigen in Ausbildung, die nur im Kampf gegen den bürgerlichen Staat durchgesetzt werden können.

Die Unterdrückung ist untrennbarer Bestandteil der bürgerlichen Wissenschaft

Prof. Dr. Dr. R.H. Schmidt hat im letzten Semester ein Seminar abgehalten über "Bürgerbeteiligung am Prozeß politischer Entscheidungen; Bürgerinitiativen". Er hatte schon zu Beginn des Semesters angekündigt, daß er es nicht leiden werde, "daß eine gewisse Spannung in das Seminar hineingetragen werde".

Die Spannung kam (trotz Schmidt'scher Seminarführung). In der letzten Woche kam es zum Eklat.

Schmidt hatte zu Beginn des Semesters einen Erhebungsbogen an die Studenten verteilt, mit Hilfe dessen sie die BIs im Südhessischen Raum befragen sollten; einige Beispiele daraus:

" 6. Organisation:

a. Liste der Mitglieder des Vorstands (mit Beisitzern etc.), mit Angaben über Geburtsjahr, Beruf, wichtige

Ämter oder frühere Ämter) geben lassen.

.....
11. Mitglieder:

Spielt auch die Mitarbeit von Personen, die nicht formell Mitglieder sind, eine Rolle? Wenn ja, in welcher Hinsicht? ... Höhe der Zahl der förmlich beigetretenen Mitglieder? ... Erwartet die BI von den Mitgliedern auch andere als finanzielle Beiträge? Wenn ja, welche? Konkret! ... Zusammensetzung der Mitgliedschaft der BI, gemäß Geschlecht, Alter, Beruf oder Schicht. ... Wie groß ist die Zahl der besonders aktiven? ... "

Wen interessiert es, wie hoch bzw. niedrig der Prozentsatz der 'besondere aktiven Mitglieder' ist, und welche 'Beiträge' die BI von ihren Mitgliedern verlangt?

" 12. Finanzmittel:

Wie hoch dürfte die Summe der Spendenmittel 1976 gelegen haben? ... Erhalten sie von anderer Seite regelmäßig finanzielle Zuwendungen? ... Wenn ja, von wem? Wie hoch? ... Sonstige Mittel und Wege der Finanzierung? ... "

Kann man nicht auch an den Spenden ablesen und von wem man die Groschen erhält, wie hoch der Rückhalt in der Bevölkerung ist?

" 15. Verhältnis zu den Parteien:

Sind Personen, die im Tätigkeitsbereich der BI parteilich stärker aktiv sind, Mitglied in der BI? ... Wenn ja, aus welchen Parteien vor allem? Wer davon (mit Parteiangabe) ist im Vorstand der BI? Haben Parteien die BI unterstützt? Wenn ja, in welcher Hinsicht? Welche Parteien? Wann?

Also lautet die Frage. Für welche bürgerliche Partei besteht die Chance, sich an die Spitze der Bewegung zu setzen (um ihr die Spitze zu brechen)?

Der Fragebogen ist wiederholt von Studenten kritisiert worden. Von den 20 BIS, die die Studenten untersuchen sollten, sind ganze 7 übriggeblieben, weil die meisten Studenten einfach keine Lust hatten, sich von Schmidt zur Bespitzelung der BIS einsetzen zu lassen. Es hat eine regelrechte Flucht aus dem Seminar gegeben. Darüber war Schmidt natürlich äußerst sauer, weil er sich schon gefreut hatte, daß "die Sache annähernd repräsentativ wird".

Der bürgerliche Staatsapparat hat auf allen seinen Ebenen großes Interesse daran, genauestens über Organisation, Mitglieder und interne Verhältnisse der BIS Bescheid zu wissen; das nützt ihm bei seinen Versuchen, Spaltkeile in die BIS zu treiben und sie somit niederzuhalten.

Über "die Sache", die Ausleuchtung von Zusammenschlüssen des Volkes, schreibt eine Arbeitsgruppe kritischer Sozialwissenschaftler in 'Umwelt AKUT' - Zeitung der BIS des Rhein-Main-Neckar-Raumes:

" ... hat sich die Regierung nun vorgenommen, noch mehr über die Organisation und Arbeitsweise von BIS zu erfahren. Sie will etwas wissen über das Verhältnis der BIS untereinander (wie man sie am besten gegeneinander ausspielen kann), ihr Verhältnis zu den Parteien, Verwaltungen etc. Aufgrund solcher Informationen können dann Verwaltungen, Parteien und Industrie eine neue Strategie für ihre Presse- und Öffentlichkeitsarbeit entwickeln."

Nicht von Interesse ist, ob die Ziele der BIS gerecht sind, und wie sie durchgesetzt werden können - daher ist das auch nicht Gegenstand der wissenschaftlichen Untersuchung.

Eine Arbeitsgruppe im Seminar hatte beschlossen, den Fragebogen nicht auszufüllen, 1. weil der Sprecher der BI nicht große Lust hatte, ihn auszufüllen und die Studenten ihn hätten überreden müssen,

2. weil sie gerade dies nicht wollten. Sie haben stattdessen ein Informationspapier darüber erstellt, warum die BIS ihren Kampf führen. Sie haben es im Seminar verteilt. (Das Papier ist bei der Fachschaft erhältlich!)

Für Schmidt war das ein Paradebeispiel dafür, wie man wissenschaftliche Arbeit nicht machen sollte. "Das ist ein Pamphlet! Insbesondere folgende Vorwürfe hat Schmidt der studentischen Arbeitsgruppe gemacht:

Da ist als 1. DIE EINSEITIGKEIT:

Daß die Studenten aus einem Flugblatt der "Wählergemeinschaft Darmstadt" (WGD) unkommentiert zitiert haben: "entstanden vor dem Hintergrund der verflochtenen Parteienstruktur in Darmstadt...kennt die WGD die Probleme ihrer Mitbürger", hat er als Beleg für "unkritisches Verständnis" herangezogen. Und warum? Weil angeblich niemand wüßte, was die "verflochtene Parteienstruktur in Darmstadt" ist! Zugegeben: die WGD hätte die Korruption und Vetternwirtschaft der bürgerlichen Parteien auch beim Namen nennen können - wer erinnert sich nicht mehr an die großen "Skandale" von Engel und Mengler z.B.? Aber aus dem Text geht unmißverständlich hervor, daß die großen Koalitionen der bürgerlichen Parteien gemeint sind, die gemeinsam z.B. die Osttangente beschlossen haben: CDU, SPD, FDP.

Ob das nun Verflechtung ist oder nicht - für Schmidt völlig uninteressant. "Kritisches Verständnis" ist da offensichtlich fehl am Platze.

2. DIE MANGELNDE SACHLICHKEIT

Ein ähnliches Argument ist, man könne in einem Referat jede politische Meinung zum Ausdruck bringen, aber es müsse "wenigstens sachlich" sein.

So wurde folgender Passus beanstandet:

"Das Interesse der Kapitalisten am Straßenbau liegt, allgemein gesprochen, im Niedrighalten der Transportkosten und in der Beschleunigung der Umschlagszeiten des Kapitals, sowie in der Ausdehnung und Erschließung von Märkten, darunter auch des Arbeitsmarktes. Und die Hauptsache besteht darin, daß sie diese Straßen nicht bezahlen wollen."

Natürlich macht es keinen Unterschied, ob man zu den Besitzern der Produktionsmittel "Kapitalisten" oder "Unternehmer" sagt. Natürlich ändert sich nichts an der Tatsache, daß in der BRD nur kapitalistisch, d.h. zum Zwecke der Profitmaximierung produziert werden kann.

Aber: sehen die "Tatsachen", die "sachlich" von jeder Meinungsäußerung der Studenten getrennt werden sollen, sehen sie nicht ganz und gar verschieden aus, je

nachdem, von welchem Standpunkt aus man sie betrachtet?

Ist die Grube Messel z.B. für die Kapitalisten und die bürgerlichen Politiker nicht schon längst ein Ort, wo ungeheure Müllmassen deponiert werden können, während die Grube für das Volk immer noch ein Landschaftsschaden ist, durch rücksichtslose Ausplünderung des Bodens hervorgerufen, und wo verhindert werden muß, daß dieses Loch zu einer großen Gefährdung von Mensch und Natur wird?

Ist der neubebaute Luisenplatz für die Sabais und Co. nicht etwas ganz anderes wie für die Darmstädter Bevölkerung, aus deren Taschen solche Bauwerke finanziert werden?

Diese Trennung von "Meinung" und "Tatsachen", von der die bürgerliche Wissenschaft verlangt, daß die Studenten sie nachvollziehen, ist keine Marotte, pures Festhalten am längst widerlegten Anspruch der "Objektivität", es ist das Verbot der Parteilichkeit der Erkenntnis.

"Das können Sie auf einer Parteiveranstaltung bringen, aber nicht an einer wissenschaftlichen Hochschule!", hat Schmidt gesagt.

"Die eindeutig bestimmbare Grenze zwischen wissenschaftlicher Theorie, die durch Art.5, Abs.3 GG geschützt ist, und politischen Zielen einer Partei, die der Beurteilung nach Art.21, Abs.2 GG unterliegen, ist dort, wo die betrachtend gewonnenen Erkenntnisse von einer politischen Partei in ihren Willen aufgenommen und zu Bestimmungsgründen ihres politischen Handelns gemacht werden.", sagte das Bundesverfassungsgericht und ließ am 20.9.1956 die Kommunistische Partei Deutschlands verbieten.

Und:

"Die besondere Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung durch diese zersetzende Propaganda ergibt sich daraus, daß der in der freiheitlichen Demokratie als Ergebnis gegenseitiger Toleranz und freier Diskussion aller politischen Fragen scheinbar herrschenden "Ziellosigkeit" ein angeblich auf eindeutige wissenschaftliche Erkenntnis begründetes geschlossenes System der Weltorientierung gegenübergestellt wird, das für alle noch so komplizierten ökonomischen und politischen Fragen klare Antworten bereithält und damit gerade den anspricht, dem diese Sachverhalte sonst schwer durchschaubar sind".

DER BÜRGERLICHE CHARAKTER DER WISSENSCHAFT ZWINGT ZUR UNTERDRÜCKUNG DURCH NOTEN!

Schmidt hat diese Unterdrückung liberal

verbrämen wollen: "wenn Sie denken, das nützt nichts, was ich untersuche, dann können Sie ja die Untersuchung unter Ihren Prämissen auch woanders machen!" Das heißt: Will, oder besser: braucht der Student den Schein, so muß er sich schon bedingungslos unterwerfen! Er braucht sich nicht zu unterwerfen- aber dann hat er keinen Schein!

Ein Student meinte dann auch: "das ist ja klar, daß die mit den Scheinen erreichen wollen, daß wir ihnen nach dem Maul reden!". Und: "Das ist aber bei den "linken" Profs genauso!"

Sehr richtig! Von daher ist es eine doppelte Unverschämtheit von Schmidt, wenn er meint, die Studenten sollten sich für den gleichen Schein nochmal einem anderen Prof unterwerfen, dem man vielleicht etwas mehr von links um den Bart streichen muß!

Es ist garnicht entscheidend, ob ein Prof versucht, direkte politische Kontrolle über die wissenschaftliche Tätigkeit der Studenten auszuüben. Allein die Tatsache daß er über die Scheinvergabe bestimmt (Freiheit der Lehre), und diese Vergabe an die reihenweise Erfüllung von Formalitäten geknüpft ist, ist entscheidend.

Die Studenten, ansonsten Teilnehmer des politischen Geschehens einer Stadt und betroffen von allen Maßnahmen der herrschenden Klasse, sollen so tun, als ginge sie das alles garnichts an. Mehr noch: Die imperialistische Wissenschaft verlangt von ihnen, daß sie ihre Erkenntnisse in eine rein formallogische Form (oft nicht mal das) bringen, die sich dann direkt gegen sie selbst als Bestandteil des Volkes richtet.

Die Studenten haben in ihrer Arbeit Stellung bezogen. Sie haben keinen Hehl daraus gemacht, daß sie die Aktionen der Bürgerinitiativen unterstützen.

DIE SCHEINVERWEIGERUNG KANN NICHT HINGENOMMEN WERDEN!

Die Freiheit der Lehre und Forschung ist diesen geschmierten Lakaien per Grundgesetz garantiert zum Zweck, den Studenten aus den besitzlosen Klassen das Rückgrat zu brechen und sie gegen die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes einzusetzen.

Ordnungsrecht ist eine zusätzliche Gesetzesmaßnahme der Hochschulbourgeoisie, um den Zusammenschluß der Studenten gegen ihre Abrichtung zu unterdrücken, um den Standpunkt der Arbeiterklasse in den Lehrveranstaltungen zu unterdrücken.

Es ist die Aufgabe der Fachschaftsvertretung, den Kampf um die Herausgabe der Scheine zu organisieren.

am Beispiel der Chemie Fachbereiche

Verschärfung der Konkurrenz, Ausdehnung des Studienpensums

Während der Hochschulausbildung wird nicht nur die Arbeitskraft der Studentenmassen ohne Bezahlung im Interesse der Bourgeoisie vernutzt. Auch die Arbeitsbedingungen der besitzlosen Studenten spotten jeder Beschreibung

Hohn. Das zeigen u.a. die Studienbedingungen in den Chemie-Fachbereichen der THD.

Die 40-Stunden-Woche oder gar einen Normalarbeitstag gibt es für die Chemie-Studenten nicht:

Wöchentliche Stundenbelastung Chemie Diplom (Grundstudium):

Lehrveranstaltung	Präsenzstunden	Faktor	Gesamtarbeitsstunden
Studienbeginn im Wintersemester			
<i>1. Semester (W)</i>			
Einführung in die Chemie	1+0	2	4
Seminar Anorganische Chemie	0+4	2	8
Stöchiometrie	1+1	2	4
Einführungskurs	0+3	1,33	4
Physik I	4+0	2	8
Physikalische Chemie I	2+2	2	8
Mathematik für Chemiker	3+2	2	10
12+12 = 24			46
<i>2. Semester (S)</i>			
Anorganische Chemie I	1+0	2	4
Analytische Chemie I	1+0	2	4
Physik II	4+0	2	8
Physikalisches Praktikum	0+3	1,33	4
Physikalische Chemie II	1+1	2	6
Mathematik für Chemiker	1+1	2	6
Anorganisches Grundpraktikum I.....	0+30	1,33	40
12+35 = 47			72
<i>3. Semester (W)</i>			
Anorganische Chemie II	1+0	2	4
Analytische Chemie II	1+0	2	4
Physikalisches Praktikum	0+3	1,33	4
Physikalische Chemie III	1+1	2	6
Anorganisches Grundpraktikum II ...	0+30	1,33	40
6+34 = 40			58
<i>4. Semester (S)</i>			
Physikalische Chemie IV	1+2	2	8
Proseminar in Physikalischer Chemie	0+2	2	4
Organische Experimentalchemie ..	5+0	2	10
Physikalisch-chemisches Grundpraktikum	0+15	1,33	20
7+19 = 26			42

Vorlesungen, Übungen, Seminare: Faktor 2
Praktika : Faktor 1,33

Der Faktor zur Berechnung der Gesamtarbeitsstunden wurde übernommen von der "Gesellschaft deutscher Chemiker", einer berufsständischen Organisation. Für einzelne Lehrveranstaltungen mag es Abweichungen geben, die sich aber einigermaßen ausgleichen, insgesamt kommt eine Summe heraus, die eher zu niedrig als zu hoch liegt.

Das Studium ist nicht so aufgebaut und organisiert, daß möglichst viele Studenten ihre Fähigkeiten, Kenntnisse

und Fertigkeiten möglichst umfassend entwickeln können, sondern jeder soll gegen jeden konkurrieren, was zu einer hohen Zahl von Studienabbrechern führt:

Chemie Diplom:

Anfangssemester	im 1. Sem.	Zahl der Studenten nach 5. Sem.	nach 7. Sem.	Abbrecher
WS 71/72	57 (100%)	34 (60%)	32 (56%)	25 (44%)
SS 72	28	15 (53%)	13 (46%)	15 (54%)
WS 72/73	52	32 (62%)	29 (56%)	23 (44%)
SS 73	48	20 (42%)		28 (58%)
WS 73/74	72	42 (58%)		30 (42%)

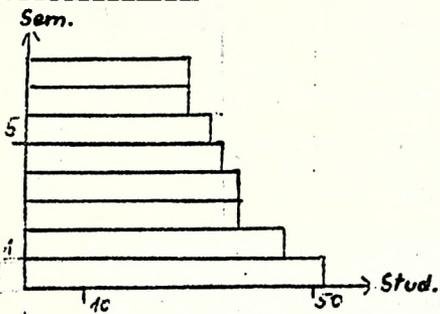
Chemie HLA:

Anfangssemester	im 1. Sem.	Zahl der Studenten nach 4. Sem.	nach 6. Sem.	Abbrecher
WS 72/73	47 (100%)	31 (66%)	27 (57%)	20 (43%)
WS 73/74	39	28 (72%)		11 (28%)

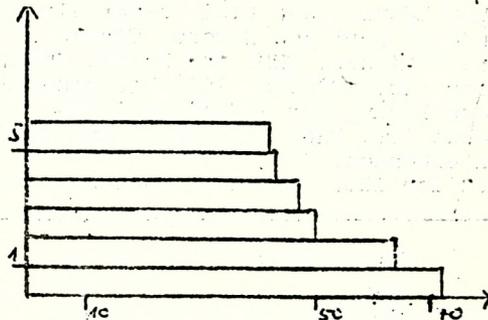
Studentenzahlen jeweils ohne Beurlaubte und Doktoranden. Vom Fachbereich wird angeführt, daß nicht die Zahl der immatrikulierten Studenten maßgebend sei, sondern die Zahl der Studenten, die an der Einführungsbesprechung für Erstsemester teilgenommen haben. Diese Zahl liegt aber in den allermeisten Fällen höher.

Bei HLA wurden nur WS-Beginner genommen, da sich wegen der geringen Studentenzahlen bei SS-Beginnern keine statistischen Aussagen machen lassen. Es gibt leider Prüfungsstatistik, die die Prüflinge korreliert mit dem Anfangssemester. Deshalb haben wir jeweils die offiziellen Prüfungstermine (5. bzw. 4. Semester) und die Termine genommen, nach denen auf jeden Fall die große Mehrheit der Studenten ihr Vordiplom / Zwischenprüfung (7. bzw. 6. Semester) abgeschlossen hat.

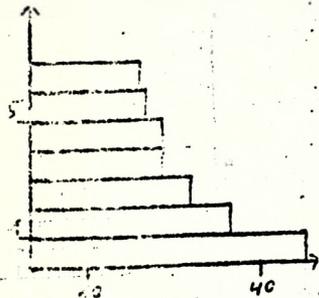
Chemie Diplom:



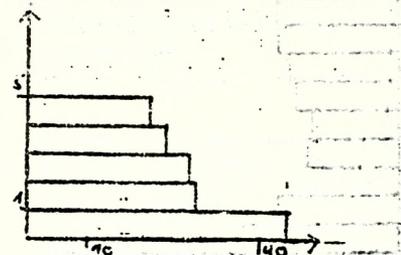
Beginn WS 72/73



Beginn WS 73/74



Beginn SS 73



Beginn SS 74

Die Bourgeoisie hat "das Interesse, innerhalb dieser Ausbildung den Konkurrenzdruck zu steigern, da dieser Konkurrenzdruck entscheidendes Mittel zur Anerziehung des Kadavergehorsams bildet, welcher der wesentliche Inhalt der Hochschulausbildung ist. Die Konkurrenz ist die einzige Form, in welcher die herrschende Kapitalistenklasse den Widerspruch zwischen der Lohnabhängigkeit, ihrer Funktionäre und der Antreiber- und Unterdrückerfunktion dieser Funktionäre zu bannen vermag.

Der Konkurrenzdruck wird von zwei Seiten her entwickelt, nicht nur von einer Überzufuhr von ausgebildeten Studenten auf den Markt, sondern auch von einer Überzufuhr von ausbildungswilligen Studenten zum Studium und vom Arbeitsmarkt...

Freie Wirkung der Gesetze des Arbeitsmarkts auf die Hochschulausbildung wie die Studenten, umfassende Verschärfung der Konkurrenz der Studenten gegen einander, volle Wirkung des Drucks der industriellen Reservearmee, insbesondere der jugendlichen Reservearmee auf die Studenten, so lassen sich die Interessen der herrschenden Kapitalistenklasse an der reaktionären Reorganisation des Studiums umreißen." (Resolution des Kongresses der Kommunistischen Hochschulgruppen und Studentenbünde am 5. März 1977 in Ffm.)

Bei dieser Steigerung des Konkurrenzdrucks und der reaktionären Reorganisation des Studiums haben die Darmstädter Chemie-Fachbereiche schon einiges vorzuweisen: Schon im SS 1969 wurde das "theoretische 1. Semester" mit einem Haufen Klausuren eingeführt. "Aufgrund der bisher sehr positiven Erfahrungen mit dem theoretischen 1. Semester erscheint diese Lösung sehr viel besser als irgendeine Form des Numerus Clausus." (Prof. Lieser, THD, in: Nachr. Chem. Techn. 18, 1970, S. 155) Wie sinnvoll diese Lösung zur Erfüllung ihres Zwecks ist, kann man gut an den Grafiken erkennen.

Deutlich läßt sich dort auch das Anzie-

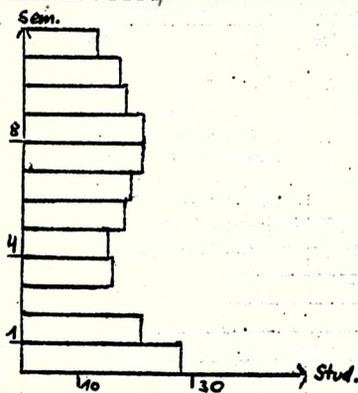
hen der Studienschraube ab WS 72/73 bei den Chemielehrern feststellen. Wie mit der Einführung von Regelstudienzeit und Zwangsexmatrikulation die Konkurrenz noch weiter gesteigert werden soll, kann man sich ausmalen, wenn man die durchschnittlichen Semesterzahlen bis zum normalen Studienabschluß betrachtet:

Chemie Diplom: Abschlußsemester	durchschnittliche Semesterzahl
71/72	13,6
72/73	11,6
73/74	13,4
74/75	13,2
SS 76	14,9

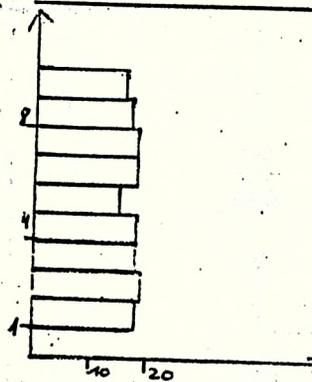
Chemie HLA: SS 76	12,0
----------------------	------

"Ohne Studentenkoalitionen kann es keine aufhebung der wirkenden Gesetze der freien Konkurrenz innerhalb der Studentenmassen geben. Die Aufgaben der Studentenbewegung lassen sich mithin in einer aufgabe zusammenfassen: aufbau von Studentenkoalitionen, Kampf um die volle Koalitionsfreiheit, Kampf um das Recht, Tarife über Dauer, Bezahlung und sonstige Bedingungen der Ausbildung abzuschließen... Wir steuern den Kurs der gewerkschaftlichen Organisierung der Studentenmassen und kämpfen in diesen Koalitionen um die Durchsetzung der revolutionären Linie." (Resolution des Kongresses...)

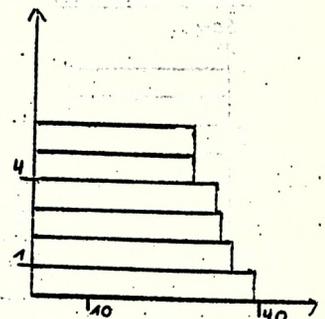
Chemie HLA/



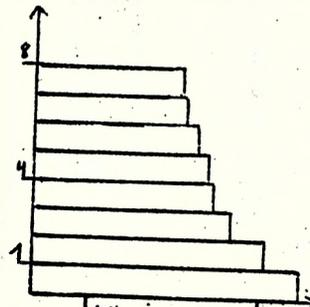
Beginn WS 70/71



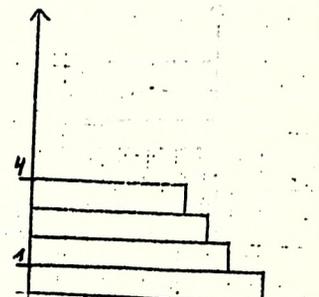
Beginn WS 71/72



Beginn WS 73/74



Beginn WS 72/73



Beginn WS 74/75

Ein Student ergreift das Wort auf der Betriebsversammlung

Auf der letzten Betriebsversammlung bei Röhm in Weiterstadt hatte sich auch ein Student zu Wort gemeldet und für seinen Beitrag Beifall erhalten.

Er hat zunächst kurz erläutert, warum er als Student auf einer Betriebsversammlung von Arbeitern etwas sagen wolle. Wie er sagte, hatte er die Erfahrung gemacht, daß in der Öffentlichkeit versucht wird, die Arbeiter und die Studenten auseinanderzudividieren. Als er gerade angefangen hatte, Beispiele zu bringen, die das Gerede von den faulen Studenten, die anstatt etwas zu schaffen, sich auf dem Rücken der Arbeiter einen schönen Lenz machen würden, widerlegen sollten, fiel ihm der Betriebsratsvorsitzende Träxler ins Wort; er sollte den Beitrag doch bittschön beenden, dieses Thema habe auf einer Betriebsversammlung nicht verloren.

Der Student ließ sich nicht darauf ein, sondern stellte fest, daß gerade in den Gewerkschaften beraten werden muß, wie man den bundesweiten Streik der Studenten im Wintersemester unterstützt und auch dazu solche Betriebsversammlungen genutzt werden sollten.

Denn natürlich ist es so, daß die Frage des Drucks auf den Lohn eines der "brennendsten Probleme" der Arbeiter ist. Und allemal haben die Röhm-Kapitalisten in diesem Sommer die 200 Schüler und Studenten, bezahlt nach Lohngruppe 2 - 8,44 DM Tariflohn + -,44 DM Erschwerniszulage - als billige Arbeitskräfte zum Druck auf den Lohn der gesamten Belegschaft ausgenutzt.

Wieso kann denn da das Problem, ob die Studenten von den Arbeitern abgespalten sind oder nicht, ob sich nicht nur bil-

lige, sondern auch willige Arbeitskräfte sind oder nicht, zum Problem "jedes einzelnen" Kollegen erklärt werden?

Das kann nur dann zum Problem jedes einzelnen erklärt werden, wenn man, wie die Sozialdemokraten das wollen, will, daß die Lohnabhängigen den Kapitalisten nicht einheitlich, sondern gespalten gegenüberstehen.

Und die Zukunft der Studenten ist doch die Lohnabhängigkeit, egal, ob als "abgebrochener" Student in der Produktion oder als "fertiger" Student als Funktionär der Kapitalistenklasse.

Funktionäre müssen funktionieren, sonst sind sie ihr Geld nicht wert. Also müssen eventuelle Funktionäre aus den besitzlosen Klassen zum Funktionieren gebracht werden. Genau wie die Arbeiter besitzen sie nichts als ihre Arbeitskraft, deswegen müssen ihre Lebens- und Klassenkampfverfahren umgekrempelt werden. Das geht nur mit Unterdrückung und schließlich Umkehrung ihrer Interessen. In langen und zähen Klassenkämpfen haben sich die Arbeiter mit dem Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren, das Koalitionsrecht erkämpft. Die Studenten, in ihrer Mehrheit ebenfalls Lohnabhängige, aber in der Ausbildung, haben dieses Recht noch nicht.

Die Arbeiter müssen in ihrem eigenen Interesse und im Interesse aller Lohnabhängigen im bundesweiten Streik der Studenten die Strömung unterstützen, die um dieses Recht, und um das Recht, mit der Regierung Verträge über Bezahlung, Dauer und sonstige Bedingungen des Studiums abzuschließen, eintritt. Das wirkt der Spaltung der Lohnabhängigen entgegen.



Kommunistische Volkszeitung
Sondernummer

**Weg mit den Verbotsanträgen gegen
KBW, KPD, und KPD/ML!
Der Marxismus-Leninismus
läßt sich nicht verbieten!**

Dokumentation

48 Seiten Best.Nr. 0130 DM 2,30

Die Sondernummer dokumentiert die Versuche der Bourgeoisie, die marxistisch-leninistischen Organisationen in der BRD zu verbieten und zu zerschlagen, und sie dokumentiert die Entwicklung des Kampfes dagegen. Sie enthält die Rede des Sekretärs des ZK des KBW, Hans-Gerhart Schmierer, auf der Kundgebung am 8.10. in Bonn. Äußerungen der Politiker der Bourgeoisie zum Verbot, Pressezusammenstellungen, Dokumente der Aktionseinheit zwischen KBW, KPD und KPD/ML, Solidaritätsadressen, Abbildungen von Plakaten und Bilder des Marsches am 8.10. nach Bonn und der Kundgebung.

Bundesweiter Streik, um die elementaren Rechte eines Lohnarbeiters zu erkämpfen !

Dicke Prügel hat sich die Bourgeoisie geschaffen zur Unterdrückung der Studenten aus den besitzlosen Klassen:

Das Bafög-Gesetz, die Freiheit der Lehre und Forschung und die Freiheit der Abprüfung durch ihre Lakaien, die Rechtsaufsicht über die von ihr parlamentarisch verfaßten Studentenschaften. - Das hat nicht gereicht!

Schärfere Geschütze fährt sie jetzt auf: Weitere Kürzung des Bafög, geplante Umstrukturierung nach Darlehen, d.h. Finanzierung des Studiums weitgehend auf Pump - und selbst das noch gebunden an "Fort-schrittskontrollen" in der Aneignung der bürgerlichen Wissenschaft; Hochschulrahmengesetz und Anpassung der Landeshochschulgesetze, will heißen: maßlose Verschärfung der Konkurrenz der Studenten untereinander; Ordnungsrecht, d.h. Einführung einer Sondergerichtsbarkeit à la Kasernenhof für die Hochschulen.

Die Widersprüche zwischen den Studentemassen und dem imperialistischen Staatsapparat verschärfen sich, und das ist gut!

Gegen die reformistischen Studentenpolitiker, die sich in den ASten und in den VDS (Dachverband der Vereinigten Deutschen Studentenschaften) mit breitem Hintern

eine Karriere zu erhocken hoffen, hat die Studentenbewegung den Beschluß für bundesweiten Streik im Wintersemester durchgedrückt. Nicht ohne daß diese Marionetten erneut versuchen, durch Befristung des Streiks und durch Umschiffen der Forderung nach Koalitionsrechten, insbesondere der Forderung nach Bezahlung der Arbeitskraft, die Studentenbewegung zu beugen und reif zu machen für den Tritt, den sie bekommen wird, setzt sie diese elementaren Rechte gegen den imperialistischen Staatsapparat und seine Organisation der Hochschulausbildung nicht durch.

Doch die Bourgeoisie riecht sehr wohl, was sich da zusammenbraut: noch bevor die Studentenbewegung die Breitärtsche aus ihren Vertretungsorganen geschafft hat, geht die Bourgeoisie daran, die Fachschaften, die Asten und die VDS zu zerschlagen. Gänzliche Abschaffung (vor allem in den CDU-regierten Ländern) ist die eine Variante der Reaktion dabei; die Vertretungsorgane zum Büttel der Hochschulaufsicht zu machen, die bevorzugt sozialdemokratische Variante.

Im bundesweiten Streik müssen Fachschaften, Asten und VDS zu Kampforganen gemacht und behauptet werden:

Recht auf gewerkschaftlichen Zusammenschluß!
Koalitionsrecht! Streikrecht!

Bezahlung der Arbeitskraft mit jetzt:
100 DM monatlich auf das Bafög!
1500 DM Elterufreibetrag!

Weg mit dem Hochschulrahmengesetz!
Keine Anpassung der Landeshochschulgesetze!
Tarife über Dauer und sonstige Bedingungen des Studiums!

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Mitte

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint
im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim – Gedruckt in Plankstadt

Wochenzeitung 50 Pfg.
P 21903 C

Pünktlich zum Semesterbeginn – Neue Landeshochschulgesetze und neue BAFöG-Regelung

Die Studentenbewegung kann auf ihre Erfolge gestützt den Kampf aufnehmen

Durch eine Indiskretion innerhalb der SPD ist der Entwurf für ein Landeshochschulgesetz in Hessen, den die Regierung in nächster Zeit einzubringen gedenkt, bekanntgeworden. Zu Semesterbeginn ist diese Indiskretion, die sich aus Reibereien zwischen Jungsozialisten und Kultusministerium ergibt, für die Studentenbewegung ganz nützlich. Wohl kaum jemand, bis auf einige Jungsozialisten, die jetzt aus Empörung die Indiskretion begangen haben, hatte damit gerechnet, daß dieser Gesetzentwurf für die Studentenbewegung etwas Erfreuliches enthält. Nur, jetzt hat man schwarz auf weiß, daß sich die Studentenbewegung in Hessen, NRW, wo schon ein Gesetz über die Verfaßte Studentenschaft im Landesparlament durch die 1. Lesung ist, und allen anderen Bundesländern im Wintersemester nicht nur auf einen Solidaritätsstreik mit der Studentenbewegung in Baden-Württemberg einstellen kann, wo die Verfaßte Studentenschaft auch dem Namen nach beseitigt werden soll.

Nicht nur das „schwarze Baden-Württemberg“ hat vor, der Hochschulordnung den letzten Schliff zu einer Gefängnisordnung zu geben, auch das „rote Hessen“ packt es an. Hessen vorn, man läßt sich von diesem Filibinger aus dem Schwarzwald doch nichts vormachen, eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung ist willens und fähig, Ruhe und Ordnung an den Hochschulen herzustellen.

Dem Namen nach soll die Verfaßte Studentenschaft in Hessen bleiben, damit hat es sich dann. In jedem Schritt, den die gewählten Vertretungen der Studentenmassen, die ASten und die Studentenparlamente machen, sind sie der Kontrolle und Überprüfung der Staatsmacht ausgesetzt. Das Studentenparlament darf sich eine Satzung geben, sie ist durch die Staatsorgane zu bestätigen, das Studentenparlament darf Beiträge festlegen, der AStA darf sie nicht einziehen, sondern

die Hochschulkasse zieht sie ein, womit sich auch die Kasse in den Händen des Feindes befindet. Selbstverständlich wird auch die Haushalts-, Wirtschafts- und Kassenführung durch den hessischen Rechnungshof überprüft, dessen oberster Dienstherr der hessische Finanzminister ist. Da beispielsweise die Abstimmung über Streik verboten ist, ist auch die Kostendeckung durch die Kasse der Studentenschaften illegal und wird kaum die Zustimmung des hessischen Rechnungshofes finden.

Da die Organe der Verfaßten Studentenschaft den Auftrag haben, das „staatsbürgerliche Verantwortungsbewußtsein“ der Studentenmassen zu fördern und beispielsweise ein Streik diesem staatsbürgerlichen Verantwortungsbewußtsein äußerst abträglich ist, wird dem AStA ein entsprechender Raum für eine Versammlung zur Vorbereitung des Streiks nicht zu genehmigen sein. Sollte sich der AStA nicht auf diese ihm zuge dachte Rolle einlassen wollen, so tritt § 71, „Aufsicht über die Studentenschaft“ in Kraft, der besagt, daß der AStA von der Aufsichtsbehörde, was das Kultusministerium ist, mit Ordnungsgeldern belegt werden kann. Da sich die Kasse sowieso unter Kontrolle des hessischen Rechnungshofes befindet, dürfte die Durchsetzung der Zahlung des Ordnungsgeldes auch kein größeres Problem sein. Eingeschnürt von vorn bis hinten, festgelegt auf die freiheitlich demokratische, sollen die Vertretungskörperschaften der Studentenmassen die Hampelmänner des bürgerlichen Staates sein, die auf Zug an der entsprechenden Strippe das linke oder das rechte Bein heben und mit dem Kopf wackeln.

Die CDU-Opposition im hessischen Landtag hat ebenfalls und früher einen Gesetzentwurf vorgelegt, die Formulierungen dieses Gesetzentwurfes weichen von der Formulierung des Regierungsentwurfs ab. Dort soll die Sat-

zung der Studentenschaft durch den Rektor nicht begutachtet, sondern genehmigt werden, dort sollen keine Beiträge erhoben werden, die dann in den Händen des bürgerlichen Staates ruhen, sondern sollen den Vertretungskörperschaften angemessene Mittel zur Verfügung gestellt werden, usw., dort soll das Studentenparlament nicht in einem gesonderten Wahlgang gewählt werden, sondern die studentischen Mitglieder des Konvents sollen die Studentenvertretung bilden, was die Regierung so bloß für die Fachschaften vorsieht.

Schon jetzt ist absehbar, wozu diese Formulierungsunterschiede führen sollen, dazu, daß die Studentenschaft aufgerufen wird, gegen den Oppositionsentwurf die Verfaßte Studentenschaft zu verteidigen und sich gegen die CDU-Reaktion mit den Regierungssozialdemokraten zusammenzuschließen. Diejenigen, die jetzt die Indiskretion begangen haben, werden dann die größten Verteidiger des fortschrittlichen Regierungsentwurfs werden. Durch die Taktik der Sozialdemokraten in den Vereinigten Deutschen Studentenschaften, einen Solidaritätsstreik mit Baden-Württemberg zu führen, braucht man kein Prophet zu sein, um diese Verlaufsform ihrer Politik schon jetzt behaupten zu können.

Um eine Gefängnisordnung, die die Gesetzentwürfe jetzt endgültig niederschreiben, durchzusetzen, bedarf es auch einer Gefängnisbezahlung, anders läßt sich diese Ordnung nicht durchsetzen. Darlehens- und Gebührenmodell werden deshalb von der Bourgeoisie gewälzt. Daß der größte Teil der Bezahlung während des Studiums als Darlehen gezahlt werden soll und die Studenten sich damit auf Jahrzehnte hinaus in der Schuldknechtschaft der Banken befinden, darüber ist man sich bereits einig, ob und wie, verdeckt oder offen, Studiengebühren eingeführt werden sollen, darüber streitet man sich noch.

Über die Taktik zu Semesteranfang wurde stillschweigend Einigung getroffen: das BAFöG wird in den ersten Monaten nicht ausbezahlt, die Computer werden auf langsamere Gangart gestellt. Der Zweck ist klar: Die Abhängigkeit der Studentenmassen vom bürgerlichen Staatsapparat soll demonstriert werden und den Studenten soll das rechte staatsbürgerliche Verantwortungsbewußtsein beigebracht werden, demütig ein halbes oder ein ganzes Semester auf die Zahlung des Darlehens zu warten. Diese Art Semesterbeginn haben die Studenten bereits in den letzten Semestern kennengelernt, vor allem im letzten Wintersemester. Schon vor einem Jahr haben sie sich gegen die Schikanen der BAFöG-Auszahlung zusammengeschlossen, die sofortige Auszahlung gefordert und teilweise die BAFöG-Ämter besetzt. Die Kenntnisse und Erfahrungen von vor einem Jahr sind keineswegs aus den Köpfen der Studenten verschwunden, und schon jetzt, kurz vor Semesterbeginn, schließen sie sich erneut gegen die BAFöG-Schikanen zusammen, viele Initiativen und Zusammenschlüsse für die sofortige Auszahlung des BAFöG haben sich bereits gebildet.

Die Arbeiterbewegung hat ein grundlegendes Interesse daran, daß die studierende Jugend nicht von einem Hungerlohn existieren muß und an den Hochschulen eingekerkert ist, wie sie überhaupt kein Interesse daran hat, daß Teile des Volkes in einen völlig entrechteten Zustand gepreßt werden. In diesem Wintersemester muß die Studentenbewegung die lang gesuchte Abrechnung mit dem bürgerlichen Staatsapparat herbeiführen, 100 Mark mehr für jeden BAFöG-Empfänger erkämpfen und die geplanten Gefängnisordnungen zu Fall bringen. Die Studentenbewegung kann auf die Unterstützung der Arbeiterbewegung bauen, wenn sie selbst ihre Interessen entschieden verfehlt.



100:- mehr für alle
Bafög-Bezieher
1500:- Freibetrag

Das entscheidende
Streikziel ist die Ein-
bringung meiner Se-
minarinitiative in's
Lehrprogramm.

Es war ausge-
macht, daß ich die
Dozentenstelle
krieg!

RCDS
die Freiheit
des Studiums
durchsetzen

Aktivitäten wie Streik
sind weder Entschei-
dungskämpfe noch prinzi-
pielle Niederlagen.

Um als hohe Professoren unsere
Verpflichtungen gegenüber den
Studierenden weiterhin erfüllen zu
können, distanzieren wir uns von
allen Distanzierungen, ins-
besondere von Gewalt.

MSB

BASB

DOZENTEN